: antifaschistische nachrichten

Nr. 19

g 3336 21.9.2011 27. jahrg./issn 0945-3946 1,50 €
www.antifaschistische-nachrichten.de

Vor der Entscheidung

Stuttgart/Rom. Zum Abschluss der Gespräche des Vatikans mit Vertretern der 1988 abgespaltenen „Priesterbruderschaft St. Pius X." wurde dieser ein Dokument übergeben, dessen Annahme durch die Piusbrüder wohl die Vorbedingung für deren Anerkennung darstellt. Sollte die „Priesterbruderschaft" dem Papier zustimmen, wird als wahrscheinlichste kirchenrechtliche Lösung die Errichtung einer Personalprälatur für Mitglieder und Anhänger der Priesterbruderschaft angestrebt.

Lob für die Heimholungsbemühungen des Papstes kommt unterdessen vom Kölner Kardinal Joachim Meisner. Wenn die Piusbrüder aber „das Konzil nicht annehmen, müssen sie draußen vor bleiben", betonte er. Die katholische Kirche werde die „Priesterbruderschaft" aber auch im Falle einer ablehnenden Haltung „nicht loslassen". Die Hoffnung auf ein Zusammenkommen werde nie aufhören. Die „Priesterbruderschaft" selbst will sich über das Papier erst einmal beraten. *hma* ■

Rechte begrüßen Papstbesuch

Berlin/Hamburg. „Herzlich willkommen in Deutschland, Papst Benedikt!" ist eine ganzseitige Anzeige des Vereins „Die Deutschen Konservativen" in der „Jungen Freiheit" (38/2011) übertitelt. Sie „führen uns zurück zu Gott und geben uns Orientierung und Halt in dem Bekenntnis zu den großen abendländischen Werten, die immer wieder neu verteidigt werden müssen", heißt es im Text der Anzeige.

Unterzeichnet ist diese von zahlreichen Personen aus dem konservativen bis extrem rechten Spektrum. Darunter auch einige Funktionäre von CDU-Untergliederungen, der „Christlichen Mitte" und von Revanchistenverbänden. *hma* ■

Aus dem Inhalt:

Kommunalwahl Niedersachsen: Rechte haben Fuß drin 4
20 Jahre nach dem rassistischen Pogrom in Hoyerswerda – eine traurige Erinnerung 5

Wahlen in Berlin: Rechte bleiben außen vor

„NPD, PRO DEUTSCHLAND und DIE FREIHEIT haben ein ordentliches Wahldebakel zu verzeichnen. Keine Partei konnte die gesteckten Ziele für das Abgeordnetenhaus auch nur annähernd erreichen, weder einzeln noch alle zusammengerechnet," kommentiert das Berliner Bündnis „Rechtspopulismus Stoppen" den Ausgang der gestrigen Wahlen in Berlin. „Unsere Arbeit ist heute belohnt worden. Wir haben unser Ziel erreicht, Rechtspopulismus und Rassismus als Thema in die öffentliche Debatte einzubringen, Aufmerksamkeit zu erregen und die Wahlchancen rassistischer Parteien in Berlin zu minimieren."



Das Bündnis „Rechtspopulismus stoppen" hatte schon seit Anfang 2010 angekündigt, einen Wahlerfolg rassistischer Parteien verhindern zu wollen. Fast alle Aktivitäten rechtspopulistischer und rassistischer Parteien wurden über eineinhalb Jahre hinweg mit Protesten begleitet oder sogar verhindert. Durch umfassende Aufklärungsarbeit u.a. auch durch eine eigene Broschüre „Rechtspopulismus in Berlin – Rassismus als Bindeglied zwischen der ‚Mitte' der Gesellschaft und Neonazismus" wurden rassistische und sozialchauvinistische Inhalte sowie personelle und infrastrukturelle Vernetzungen enttarnt und offen gelegt.

Zu den Ergebnissen im Einzelnen:

Nach dem vorläufigen amtlichen Endergebnis kommt die SPD auf 28,3 % = 48 Sitze (minus 2,5 %). Die CDU wird zweitstärkste Kraft mit 23,4 % = 39 Sitze (plus 2,1 %). Dahinter liegen die Grünen mit 17,6 % (plus 4,5 %) = 30 Sitze, DIE LINKE mit 11,7 % = 20 Sitze (minus 1,7 %). Die Piratenpartei kommt mit 8,9 % aus dem Stand heraus über die Fünf-Prozent-Hürde und erhält 15 Sitze.

Die NPD bekam mehr Stimmen als die FDP (1,8 %) und liegt klar vor allen Konkurrenten aus dem rechtspopulistischen Lager. Berlinweit erhielt sie 2,14 % (2006: 2,6 %) – davon 2,8 % im Osten und 1,6 % im Westen der Stadt. „Pro Deutschland" überzeugte nur 1,22 % der Wählenden, „Die Freiheit" 0,88 %. Damit kommen die Rechtsaußen-Wählerstimmen nicht einmal gemeinsam über 5 Prozent.

Schlecht ist, dass auf Ebene der Bezirksverordnetenversammlungen (BVV) die NPD es erneut geschafft hat, 6 Mandate zu erringen – in Treptow-Köpenick (2 Mandate, 4,5 % der Stimmen), Marzahn-Hellersdorf (2 Mandate, 4,1 %) und Lichtenberg (2 Mandate, 3,7 %). Allerdings sind es weniger als zuvor, und Fraktionen kann die NPD damit auch nicht mehr bilden. In Treptow-Köpenick hatten sie bisher 3 Mandate, in Marzahn-Hellersdorf und Lichtenberg ebenfalls je 3. Noch besser: In Berlin-Neukölln, dem einzigen West-Bezirk mit 2 NPD-Funktionären in der BVV, blieb die NPD knapp unter 3,0 % und verlor damit ihre Mandate komplett (wahlen-berlin.de).

„Zeit zum Ausruhen bleibt aber kaum," so das Bündnis „Rechtspopulismus stoppen". „Rassismus und soziale Ausgrenzung als gesamtgesellschaftliche Probleme sowie institutioneller und struktureller Rassismus sind damit nicht verschwunden. Auch, dass rechtspopulistische Parteien nun von der Bildfläche verschwinden, darf bezweifelt werden. Hier gilt es weiterhin und explizit mit Blick auf den Rechtsruck bei VertreterInnen so genannter etablierter Parteien, durch die Übernahme von Inhalten rechtspopulistischer Parteien, Widerstand zu organisieren und für eine gleichberechtigte, selbstbestimmte und diskriminierungsfreie Gesellschaft zu streiten."

Quellen: http://rechtspopulismus-stoppen.blogsport.de/ http://npd-blog.info.de ■

Expansion nach Osten

Köthen/Leipzig. Die Anhänger Silvio Gesells, des Sozialdarwinisten und Begründers der sog. „Freiwirtschafts"-Theorie, expandieren nach Osten. Mit der „GCN-Academy" in Köthen wurde „ein ausdrücklich freiwirtschaftliches Bildungshaus" gegründet, das „regelmäßig Seminar- und Schulungswochenenden" anbietet, heißt es in der Zeitschrift „Humane Wirtschaft". Angekündigt werden „Deutschlands führende Referenten zu Geld- und Wirtschaftstheorie", darunter zahlreiche bekannte Vertreter der schillernden „Freiwirtschafts"-Bewegung, um „die neuesten theoretischen und praktischen Wissensgrundlagen rund um das Geldsystem zu vermitteln". Untergebracht ist die „GCN-Academy", die von einem Aktivisten der freiwirtschaftlichen INWO („Initiative für natürliche Wirtschaftsordnung e.V.") geleitet wird, in den Räumlichkeiten der „Villa Creutz", welche gleichzeitig die Bundeszentrale des Vereins „Global Change Now" ist. Der Verein betreibt mit einer Reihe von Vollzeitaktivisten „Aufklärung für eine humane Wirtschaft" und will „der freiwirtschaftlichen Idee Gehör" verschaffen. Neben der „Silivio-Gesell-Tagungsstätte" in Wuppertal verfügt die neue Vorfeldorganisation über Regionalbüros in Berlin, Altenburg und Essen. In Leipzig wurde unlängst unter Beteiligung von „Freiwirtschafts"-Aktivisten die „Neues Geld gemeinnützige GmbH" gegründet. Diese will künftig „mit Kampagnen, Projekten und Veranstaltungen" darauf hinweisen, „wie die unübersehbaren Probleme unseres Geld- und Finanzsystems lösbar sind". Zu den Gründern der GmbH gehört auch der Wirtschaftsanalytiker und Tierrechtler Andreas Popp, der u.a. wegen seiner Äußerungen zur „Germanischen Neuen Medizin" in die Kritik geraten war.

hma ■

Keine rechte Hetze in Mannheim!

Mannheim. Zwei Organisationen der Rechtspopulisten wollen am Samstag, den 24. September, von 11 bis 16 Uhr in Mannheim eine Kundgebung veranstalten: die selbsternannte „Bürgerbewegung Pax Europa" und der Internet-Blog „Politically Incorrect". Ihr Thema ist: „Nein zu Islamisierung und Scharia!". Der DGB Region Nordbaden und das Bündnis Mannheim gegen Rechts rufen zu Gegenaktionen auf. Im Aufruf heißt es:

„Es ist nicht das erste Mal, dass sie den Paradeplatz als ihre Bühne wählen. Schon vor einem Jahr hat ihr Redner dort stundenlange Schmähreden abgelassen. Leider ohne nennenswerten Protest. Wir meinen, dass die Situation nach Oslo nicht mehr mit Ignorieren hingenommen werden kann. Wir rufen dazu auf, sich mit deren rassistischen Inhalten zu befassen und ihnen mit Protestaktionen entgegenzutreten. Mannheim darf kein Tummelplatz für rechte Ideologen werden.

… *Was macht die Rechtspopulisten so gefährlich?*

• Sie entwerfen ein absurdes Angstszenario. Das könnte in Deutschland auf fruchtbaren Boden fallen: Deutschland ist ein Einwanderungsland – und Mannheim mit ca. 40 % seiner Bevölkerung eine Einwanderungsstadt.

• Sie verbreiten Verschwörungstheorien und bedienen Vorurteile.

• Mit ihren volksverhetzenden Sprüchen liefern sie Attentätern wie Breivik Ende Juli in Oslo die Vorlage, die ihn zu seinem mörderischen Tun anleiteten.

• Sie brechen keine Tabus, sondern sagen schlicht die Unwahrheit. Tatsächliche Informationen und eine kritische Auseinandersetzung mit religiösen Themen werden mit solchem Unsinn verhindert.

• Sie führen keine Integrationsdebatte, sondern spalten die Gesellschaft.

• Europaweit rufen rechtspopulistische Parteien wie beispielsweise Wilders in den Niederlande zum Kampf der Kulturen und Religionen auf. In vielen Ländern Europas haben diese Parteien mehr als 10%.

• Die beiden Organisationen versuchen durch ihre Benennung über ihren wahren Charakter zu täuschen. Weder ist die Gruppe eine „Bürgerbewegung" noch hat „Pax Europa" etwas mit Frieden am Hut. Bei „Politically Incorrect" handelt es sich um den derzeit aktivsten rassistischen und antimuslimischen Internet-Blog. Als Partei steht für diese Gruppe im Hintergrund „Die Freiheit". Auch von dieser Partei gibt es mittlerweile eine kleine Gruppe von Anhängern im Rhein-Neckar-Raum. Sie waren sehr aktiv bei der Begrüßung von Thilo Sarrazin im Rosengarten.

Was ist unsere Antwort auf die antimuslimischen Hetzer?

… Gerade für eine Stadt wie Mannheim, wo die Herausforderungen der Integration nicht verschwiegen, sondern offen und lösungsorientiert angegangen werden, leistet die pauschale Art der Debatte, die Sarrazin ausgelöst hat, keinen positiven Beitrag. Diese Worte gelten in noch größerem Maß für eine öffentliche Kundgebung von Rassisten und Hetzern mitten in der Stadt! Wir setzen uns für ein solidarisches und friedliches Zusammenleben aller ein, unabhängig von Kultur, Religion, sozialem Status und sexueller Identität und stellen uns gegen jegliche Form von Ausgrenzung, Diskriminierung und Sicherheitswahn. Wir wenden uns dagegen, extrem rechten oder rechtspopulistischen Organisationen ein Podium zu geben. Mit VertreterInnen von diskriminierenden Positionen darf es keine Diskussion auf Augenhöhe geben."

Ort, Zeit der Demo??

DGB Region Nordbaden, Mannheim gegen Rechts ■



Herten hat keinen Platz für Rassismus

Herten. Im Hertener Stadtteil Langenbochum wird die lokale DITIP-Gemeinde bald von einem viel zu kleinen Wohnhaus in eine neu zu bauende Moschee umziehen. Nach jahrelangem Ringen mit Verwaltung und Politik um Standorte und Finanzierungen wurde dies nun vom Stadtrat genehmigt. „Pro NRW" nahm das zum Anlass, am 17.9. in Herten aufzumarschieren und gegen „Islamisierung" und den Bau einer „Großmoschee" Stimmung zu machen. Ein breites „Bündnis für Demokratie" aus Parteien, Kirchen, Sozialverbänden und Privatpersonen formierte sich, um zu zeigen: „Herten hat keinen Platz für Rassismus"! Zwei Veranstaltungen wurden geplant: Eine Gegendemonstration am 17.9., an der sich ca. 150 Menschen beteiligten (siehe Bild). Am 30. September ab 15 Uhr wird ein „Tag für Demokratie, Vielfalt und Menschenrechte" stattfinden, wo es ein breites kulturelles Angebot geben wird und bei dem auch kritisch über Demokratie in der Gegenwart diskutiert werden soll. Ort: Herten-Langenbochum auf der „Kranzplatte" (Kreuzung Feldstr./Langenbochumer Str.).

http://www.dielinke-herten.de/ ■

Gedenken an die Opfer des Oktoberfestattentats 2011

München. Am Montag, den 26. September 2011 um 9.30 Uhr findet eine Gedenkveranstaltung mit Kranzniederlegung am Mahnmal für die Opfer des Oktoberfestattentates (Haupteingang Theresienwiese) statt.

Am 26. September vor genau 31 Jahren fand das schwerste Bombenattentat in der Geschichte der Bundesrepublik statt. Am Haupteingang des Festplatzes detonierte eine Bombe. 13 Menschen wurden getötet, darunter drei Kinder im Alter von sechs, acht und elf Jahren. 211 Menschen wurden zum Teil schwer verletzt. Unter



den Toten war auch der Täter, der 21-jährige Gundolf Köhler. Die Opfer des Attentats, ihre Angehörigen und diejenigen, die damals für die Versorgung der Verletzten und die Bergung der Toten verantwortlich waren, leiden zum Teil bis heute an den psychischen und physischen Folgen. Die Tat hatte einen rechtsextremen Hintergrund. Der Täter stand in Verbindung zu der neonazistischen Wehrsportgruppe Hoffmann. Die Hintergründe des Attentats wurden bis heute nicht richtig aufgearbeitet. Das offizielle Ermittlungsergebnis wurde immer wieder angezweifelt. So ist bis heute nicht bewiesen, ob es sich um einen Einzeltäter handelte oder einer Gruppe von Tätern.

Zusammen mit der Landeshauptstadt München erinnert die DGB Jugend München seit 1983 mit einer Kranzniederlegung an diese schreckliche Tat.

http://muenchen.dgb.de ■

Schluss mit der Diffamierung der VVN-BdA Bayern

Bayern ist neben Baden Württemberg das einzige Bundesland, in dem das Landesamt für Verfassungsschutz die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten (VVN-BdA) beobachtet, im jährlichen Verfassungsschutzbericht als „linksextremistisch beeinflusst“ diffamiert und als verfassungsfeindlich stigmatisiert. Unlängst hat das zuständige Finanzamt der VVN-BdA in Bayern die Gemeinnützigkeit aberkannt, mit der Begründung, sie werde im Verfassungsschutzbericht erwähnt.

Die VVN wurde 1947 von Überlebenden der Konzentrationslager und des Antifaschistischen Widerstand gegründet, um im Sinne des Schwurs der Häftlinge von Buchenwald („Die Vernichtung des Faschismus mit seinen Wurzeln ist unsere Losung, der Aufbau einer Welt des Friedens und der Freiheit ist unser Ziel“) zu wirken. Eine Lehre aus der Geschichte war für unsere Organisation, überparteilich und konfessionell ungebunden einen antifaschistischen Grundkonsens zu verteidigen, der damals im Grundgesetz verankert wurde. Dieses Grundgesetz entstand unter dem Eindruck des unter großen Opfern beendeten 2. Weltkriegs und als Gegenentwurf zum soeben überwundenen faschistischen Terrorregime.

Deshalb enthält das Grundgesetz klare antifaschistische Grundpositionen: Im Vordergrund stehen Demokratie, Menschenrechte, Meinungs- Versammlungs- und Koalitionsfreiheit. Das Verbot jeder Diskriminierung aus rassischen, religiösen, weltanschaulichen oder andern Gründen ist im Grundgesetz ebenso festgeschrieben wie das Verbot von Angriffskriegen. In Artikel 139 sind die alliierten Bestimmungen zum Verbot der NSDAP und möglicher Nachfolgeorganisationen und -parteien eindeutig bestätigt.

In diesem Sinne tritt die VVN-BdA entschieden ein für das Verbot der NPD und der in ihrem Sog sich bewegenden Gruppen, Organisationen und Kameradschaften, die immer offener und gewalttätiger auftreten. (...) Der Verfassungsschutzbericht 2010 des Bayrischen Landesamtes für Verfassungsschutz diffamiert dieses Engagement als „linksextremistisch beeinflusst“ und bedient sich dabei in der Sache haltloser Unterstellungen.

Substanzielle Hinweise auf „verfassungsfeindliche“ oder gar strafrechtlich relevante Handlungen oder Haltungen der VVN-BdA enthält der Bericht nicht, dafür aber personenbezogene Angriffe. So werden ein Bundesvorsitzender, ein Bundessprecher des Verbandes und ein Landesvorsitzender der VVN-BdA in Bayern in dem Bericht namentlich genannt. Wir fordern:

- die Einstellung der Beobachtung der VVN-Bund der Antifaschisten durch das Bundesamt für Verfassungsschutz und die Landesämter in Bayern, Baden-Württemberg und Schleswig-Holstein,
- die unverzügliche Streichung der VVN-BdA aus dem Verfassungsschutzbericht 2010 des Bundeslandes Bayern,
- die Wiederherstellung der Gemeinnützigkeit der VVN-BdA Bayern,
- eine Entschuldigung der Landesregierung Bayern bei den im Bericht namentlich genannten Personen.

Erklärung des Bundesausschusses der VVN-BdA, 4.9.2011, www.vvn-bda.de ■

Honsik vorzeitig entlassen

Österreich. Wie das neonazistische Internetportal altermedia am 7. September berichtete, wurde der mehrfach verurteilte Holocaustleugner Gerd Honsik alters- bzw. krankheitsbedingt vorzeitig aus der Haft entlassen. Laut standard.at habe das Oberlandesgericht Wien diesen überraschenden Schritt unter anderem mit der Tatsache begründet, dass Honsik in seinem vormaligen Exilland Spanien gut integriert sei.

Der neben Gottfried Küssel und Herbert Schweiger (†) wohl prominenteste österreichische Neonazi war 2009 nach dem Verbotsgesetz und vor allem aufgrund wiederholter öffentlicher Leugnung von NS-Verbrechen zu einer fünfjährigen Haftstrafe verurteilt worden. Ein Jahr später wurde diese auf vier Jahre reduziert, im September 2010 folgte eine weitere Verurteilung zu zwei Jahren Haft. In der Neonaziszene wird die bedingte Entlassung als Sieg gefeiert, manche lassen dabei ihren Rachephantasien freien Lauf. So droht ein Neonazi auf altermedia: „Sollten sich die politischen Verhältnisse ändern, werde ich persönlich dafür sorgen, dass diejenigen, welche für die Inhaftierung von Gerd Honsik verantwortlich sind, ihre letzten Tage im Steinbruch verbringen werden!“

www.doew.at ■

Machtkampf in der NPD?

Sachsen. Der Machtkampf in der rechtsextremen NPD scheint voll entbrannt: Nachdem der Schweriner Fraktionschef Udo Pastörs noch am Wahlabend mittelbar seinen Hut ins Rennen um den Parteivorsitz geworfen hatte, legt sein Konkurrent Holger Apfel aus Sachsen nach: Der hat nach Informationen von NDR Info bereits ein fertiges Personaltableau für den „33. ordentlichen Bundesparteitag“ in petto, der voraussichtlich Mitte Oktober in Gera stattfinden soll. NDR Info berichtet, dass in dem Vorschlag Holger Apfel für den Parteivorsitz vorgesehen ist, die drei Stellvertreterposten seien für Udo Pastörs, Karl Richter und Frank Franz (Saarland) vorgesehen. Weder Voigt noch Faust würden nach Apfels Vorstellungen weiter Posten im Vorstand innehaben.

Quelle: npd-blog.info, 9.9.11 ■

Mahntafel soll an die Naziunterstützung durch Emil Kirdorf erinnern

Dortmund. Einem Antrag der VVN-BdA auf Aufstellung einer Mahntafel an der Kirdorf-Siedlung in Dortmund-Eving ist am 14.9.2011 in der Bezirksvertretung einstimmig zugestimmt worden. Es wird mit der Mahntafel auf die Verbrechen des Emil Kirdorf hingewiesen, neben Fritz Thyssen der größte Financier Hitlers und Förderer der Nazis ab 1923. Der Antrag, der besonders von den Grünen und der SPD unterstützt wurde, hat den Wortlaut:

„In Dortmund-Eving an der sog. „Kirdorfsiedlung“ wird eine Mahntafel angebracht mit einem Text, der darauf hinweist, dass hier der Großindustrielle Emil Kirdorf (1847-1938) wirkte bzw. Spuren hinterließ. Er war Bergbau- und Hüttenunternehmer und hatte schon seit 1923 Kontakt zur NSDAP, wurde 1927 Mitglied dieser Partei und verschaffte Hitler viel Geld und beste Kontakte zu anderen Industriellen, die dann seinen Aufstieg und den Weg Deutschlands ins Verderben förderten. Er war einer der Hauptförderer der NSDAP. Hitler nannte ihn seinen Lebensretter, weil Kirdorf auch privat Hitler finanzierte. Kirdorf hat Krieg und Massenmord bewirkt; er verdient keine Ehrung.“ *Ulrich Sander – Geschichtskommission der VVN-BdA NRW* ■

Kommunalwahl Niedersachsen:

Rechte haben Fuß drin

Da NPD, DVU und Republikaner nicht landesweit zur Wahl angetreten sind, ist es schwierig, sich über die Ergebnisse einen Gesamteindruck zu verschaffen, zumal die statistischen Ergebnisse dieser Parteien oder kleinerer rechter Gruppierungen unter Sonstige zusammengefasst werden. Es gab in etlichen Städten Gruppierungen wie „Bürger für ...“, „Bürgerforum“ und ähnliches, die in der Regel rechts von der CDU für ihre In halte geworben haben. Die NPD erhielt insgesamt 21 Mandate, die sich auf Stadtparlamente (in 7 Städten), Kreistage (8 Mandate) und Orts- und Gemeinderäte verteilen. Die NPD bewertet das Ergebnis als erfolgreich, 2006 hatte die NPD insgesamt 18 Mandate.

In der Innenstadt von Hannover war während des Wahlkampfes wenig Werbung von den rechten Parteien und Gruppierungen zu sehen. Auf den großen Stellwänden, auf denen alle Parteien Plakate anbringen, war – wie sonst üblich – von der NPD keine Werbung aufgebracht. In einzelnen Stadtteilen gab es Plakate von kleineren rechten Gruppierungen.

In Hannover kandidierten neben Gruppierungen wie „Unabhängige Wählergemeinschaft“, „Bürgerforum“, „Wir für Hannover“ (WfH) zum ersten Mal „Die Hannoveraner“. Die Gruppierung erhielt aus dem Stand zwei Sitze in der Regionsversammlung Region Hannover (3,2 Prozent) und zwei Sitze im Rat der Stadt Hannover (3,5 Prozent). In drei Stadtteilen, die als bürgerlich bezeichnet werden können, lagen die Ergebnisse zwischen 7,0 und 8,0 Prozent. In fünf Stadtteilen, die eine benachteiligte soziale Struktur haben, lagen die Ergebnisse zwischen 6,2 bis 10,1 Prozent. Die „Republikaner“ erhielten einen Sitz in der Regionsversammlung Region Hannover.

„Die Hannoveraner“ werden mit Jens Böning und Gerhard Wruck im Rat der Stadt Hannover sitzen. Ebenfalls wird Böning im Parlament der Region sitzen. In ihrem Programm ist u. a. zu lesen: *„Gegen linksideologisch motivierte Experimente zur Umerziehung der Bevölkerung und sozialistische Gleichschaltung unserer Gesellschaft; gegen die Ausbreitung totalitärer Ideologien, insbesondere des politischen Islams und des Sozialismus“* oder unter dem Punkt Patriotismus und Identität: *„Ein Volk, welches nicht zu sich selbst steht, ist langfristig dem Untergang geweiht. Jahrzehnte hindurch haben Meinungsmacher und Politiker dabei mitgewirkt, das Schuldbewusstsein der Deutschen wach zu halten, was die Identifikation mit ihrer eigenen Nation schwinden ließ. Wir Deutsche dürfen uns nicht auf die zwölf Jahre einer verbrecherischen Periode reduzieren lassen, es muss uns erlaubt sein, auf die kulturellen und historischen Leistungen des Deutschen Volkes stolz zu sein, ohne die Tiefpunkte unserer Geschichte auszublenden.“*



Eins der Wahlplakate von „Die Hannoveraner“

Wer ist Jens Böning?

Im November 1989 wurde er zum Landesjugendsprecher der „Republikaner“ gewählt. Darauf angesprochen bezeichnete er das später als Jugendsünde. Er schloss sich dann der Wählergemeinschaft „Wir für Hannover“ an und saß für diese im Rat der Stadt Hannover.

Anlässlich der Wahl des neuen SPD-Vorsitzenden für Hannover Alptekin Kirci hatte Böning in einer Pressemitteilung darauf hingewiesen, dass man bewusst ironisch die Frage stellen könnte, ob denn der Fachkräftemangel bei der SPD so groß sei, dass man jetzt schon auf „orientalische Facharbeiter“ zurückgreifen müsse. Seine eigene Partei, die Wählergruppe „Wir für Hannover“, die durchaus als rechtspopulistisch bezeichnet werden kann, distanzierte sich von dieser Aussage. Böning selbst bedauerte bereits wenig später die Tatsache, dass in der Öffentlichkeit scheinbar der Eindruck entstanden sei, er habe den zukünftigen SPD-Chef ernsthaft beleidigen wollen. Der WfH selbst reichte diese Geste des Bedauerns ganz offensichtlich nicht aus. Sie beschloss, zusätzlich einen Entschuldigungsbrief an die Hannoversche SPD zu schreiben, in welchem u. a. von „Entgleisungen“ Bönings die Rede ist. Jens Böning zog daraufhin die Konsequenzen und trat am 3. Februar aus der WfH aus. Sein 2006 errungenes Mandat behielt er.

In einer Meldung von http:// chronologie.blogsport.de/ wird berichtet: „Am 21. Februar 2011 fand das erste Landestreffen der Partei DIE FREIHEIT, die am 28.10.2010 vom Berliner Abgeordneten René Stadtkewitz (ehemals CDU) gegründet wurde, in Hannover statt. Dort konnten die bekannte österreichische Islamkritikerin Elisabeth Sabaditsch-Wolff sowie der Hannoveraner Ratsherr Jens Böning begrüßt werden. Der Hannoveraner Ratsherr Jens Böning, bis vor kurzem noch Mitglied der WfH, gab die Gründung seiner neuen Formation DIE HANNOVERANER bekannt, die sich bereits in wenigen Monaten an der Niedersächsischen Kommunalwahl beteiligen wird. ... In Anbetracht der großen inhaltlichen Schnittmengen werden sich DIE FREIHEIT und DIE HANNOVERANER künftig gegenseitig unterstützen.“

Gerhard Wruck, der als zweites Mitglied im Rat der Stadt Hannover sitzen wird, war erst in der NPD, dann bei den Republikanern, dann bei der WfH organisiert.

Der Wahlausgang für „Die Hannoveraner“ wurde von den bürgerlichen Parteien so kritisiert:

Stephan Weil (Quelle: NP vom 12.9. 2011): *„Das ist der Teil des Wahlausgangs, mit dem ich nicht zufrieden bin. Offenbar ist zu wenig bekannt, dass diese Gruppierung Trägerin von rechtsextremem Gedankengut ist.“*

FDP-Ratsherr Nils Tilsen (Quelle: NP vom 12.9.2011): *„Unerhört, dass eine rechtsradikale Truppe mehr Stimmen erhält als eine ehrliche demokratische Partei.“*

CDU-Fraktionschef Jens Seidel (Quelle: NP vom 12.9.2011): *„Eigentlich müsste der Verfassungsschutz das Wahlprogramm dieses Bündnisses mal unter die Lupe nehmen.“*

Bleibt zu hoffen, dass die Kritiker so oft und laut wie nötig in den Ratssitzungen und der Öffentlichkeit ihre Kritik wiederholen und die beiden Ratsmitglieder inhaltlich isolieren. *bee* ■

Antimuslimische Ressentiments in Schulbüchern

Die Wahrnehmung von MuslimInnen in westeuropäischen Gesellschaften ist von Unkenntnis und Vorurteilen geprägt. Nach einer Studie des Georg-Eckert-Instituts wirken Schulen dem kaum entgegen. Das Institut hat Schulbücher aus Deutschland, Österreich, Frankreich, Spanien und Großbritannien ausgewertet und kommt zu dem Ergebnis, dass der Islam als religiöses, vormodernes Kollektiv außereuropäischer Anderer dem „modernen Europa“ entgegengestellt wird. Auf diese Weise würden „eingefahrene Wahrnehmungsweisen ... unreflektiert weiter getragen“.

F, www.gei.de ■

20 Jahre nach dem rassistischen Pogrom in Hoyerswerda – eine traurige Erinnerung

Die sächsische Stadt Hoyerswerda erhielt durch die pogromartigen Ausschreitungen extrem rechter Jugendlicher gegen ausländische VertragsarbeiterInnen und die örtliche Zentrale Aufnahmestelle für Asylbewerber (ZAST) im September 1991 bundes- und weltweit traurige Berühmtheit. Die rassistische Hetze vor allem gegen MigrantInnen und AntifaschistInnen setzte sich weiter fort und ist heute noch spürbar.

Seit Anfang der 1980er Jahre kamen VertragsarbeiterInnen im Rahmen eines Regierungsabkommens zwischen der DDR und Mosambik bzw. Vietnam nach Hoyerswerda.[1] Anfang des Jahres 1991 kamen AsylbewerberInnen vor allem aus Rumänien, der Türkei, Kamerun und Ghana in die sächsische Kleinstadt.[2]

Die Ausschreitungen hatten eine lange Vorgeschichte, ein „allgemein rassistisches Brodeln“[3] war lange vorher erkennbar. Schon zu DDR-Zeiten wurden die VertragsarbeiterInnen in Geschäften oder Kneipen, wenn überhaupt, meist unfreundlich bedient und auf der Straße häufig rassistisch beschimpft. Es verbreiteten sich Gerüchte, Mosambikaner würden ständig deutsche Frauen belästigen und sogar vergewaltigen. In den Braunkohlegruben, wo Deutsche und ArbeitsmigrantInnen zusammenarbeiteten, kam es häufiger zu Schlägereien. Im April 1991 notierte die Staatsmacht 14 von deutschen Jugendlichen provozierte Auseinandersetzungen mit VertragsarbeiterInnen. Ein Betroffener erzählte:[4] *„Schon vorher durften wir uns nirgendwo sehen lassen. In der Disco tanzen? Eh, Neger, weg da! Im Restaurant essen? Das nächste Mal bringst du dir dein eigenes Besteck mit! Oder sollen wir etwa mit derselben Gabel essen?“*

Am 1.5.1991 kam es auf dem „Rummelplatz“ der Stadt zu einer Massenschlägerei zwischen ca. 200 deutschen Jugendlichen und 50 MosambikanerInnen. Da die Überzahl der deutschen SchlägerInnen zu groß wurde, zogen sich die AfrikanerInnen in ihr Wohnheim zurück, was daraufhin Ziel von Steinen wurde. Die deutschen AngreiferInnen wurden dabei von ca. 100 Schaulustigen angefeuert. Die Angriffe wurden erst beendet, als die Staatsmacht den Vorplatz des Wohnheimes räumen ließ.

In Hoyerswerda waren MigrantInnen in den nächsten Monaten kaum noch ihres Lebens sicher, sie wurden mit Leuchtspurmunition beschossen, Molotowcocktails und Steine flogen auf ihre Unterkünfte.[5] Seit dem Sommer hatte es Beschwerden von Nachbarn über „Lärm- und Geruchsbelästigung“, „bettelnde Kinder“, „im Müll wühlende Neger“ und „Schrottlauben auf den Gehsteigen“ gegeben; ein Klima des Hasses war entstanden.

Am 18.7.1991 alarmierte der Landesrat des Kreises Hoyerswerda, Wolfgang Schmitz, den damaligen sächsischen Ministerpräsidenten Biedenkopf (CDU) in einem Brief, dass die Sicherheit der ArbeitsmigrantInnen nicht mehr gewährleistet sei. Biedenkopf ignorierte jedoch die Befürchtungen seines Parteifreun-des.[6]

So kam es „nach der Reichspogromnacht 1938 der Nationalsozialisten“ zu „ungefähr dem Schlimmsten, was sich auf deutschem Boden abgespielt hat.“[7] Vom 17.-22.9.1991 randalierten und brandschatzten zunächst etwa 50, später bis zu 200 extrem rechte Jugendliche in Hoyerswerda. Zunächst attackierten sie das Wohnheim in der Albert-Schweitzer-Straße, in dem mosambikanische VertragsarbeiterInnen untergebracht wurden. Später griffen die Neonazis die ZAST in der Thomas-Müntzer-Straße an.[8] Unterstützt wurden die Neonazis von mehreren hundert ZuschauerInnen, die selbst Steine schmissen, die Neonazis anfeuerten oder Benzin für Brandbomben organisierten. Der Journalist Andreas Borchers schrieb:[9] *„Nach Feierabend ziehen Hunderte, mit Bierbüchsen und Kaffeekannen ausgestattet, teilweise Kleinkinder auf den Armen haltend, in die Albert-Schweitzer-Straße, um die angreifende Meute moralisch zu unterstützen. Sie klatschen rhythmisch in die Hände, brüllen im Chor ‚Ausländer raus‘ und ‚Deutschland den Deutschen‘.“*


An einer Demonstration zum Jahrestag des Pogroms in Hoyerswerda am 17.9. beteiligten sich ca. 300 Menschen

Ab dem 18.9. wurde in den Nachrichtensendungen aller Fernsehkanäle (teilweise live) aus Hoyerswerda berichtet. Noch am 20.9. erklärte der sächsische Innenminister Krause (CDU), dass er trotz der Ausschreitungen eine groß angelegte Polizeiaktion vermeiden wollte.[10] Erst am folgenden Tag war die Staatsmacht mit einem größeren Aufgebot vor Ort.[11] Das Pogrom endete mit der „Abreise“ der ArbeitsmigrantInnen aus Hoyerswerda am 23.9. und damit der administrativen Umsetzung der Forderung der Neonazis nach „Neger- und Zigeunerfreiheit“ in der Stadt. Sogar die abfahrenden Busse wurden mit Steinen beschmissen und beschädigt.

Ein deutscher Bewohner der Albert-Schweitzer-Straße äußerte sich folgendermaßen über das Pogrom in seiner Nachbarschaft:[12] *„Gegen die Polacken, die Fidschis und die Alis hatten wir ja nichts. Aber die Neger sind zuviel. Wir sind beide arbeitslos, aber die Neger, die haben Arbeit, die Neger. Die spielen sich hier auf, als wären die der König der Albert-Schweitzer-Straße.“*

Die in der Stadtverordnetenversammlung von Hoyerswerda vertretenen Parteien (CDU/DSU, SPD, FDP, PDS, Grüne/fdj/DFD) sorgten sich in einer Erklärung mehr um das Image ihrer Stadt als um die angegriffenen MigrantInnen:[13] *„Die Abgeordneten der Stadtverordnetenversammlung bedauern zutiefst, dass unsere Stadt durch die Ereignisse der zurückliegenden Tage in negativer Weise in die Schlagzeilen und Sensationsberichterstattung der Medien geraten ist.“*

Am 29.9.1991 trat der sächsische Innenminister Krause wegen heftiger Kritik an seiner Person zurück. Die als „Rädelsführer“ identifizierten Personen wurden am 25.2.1992 vom Bautzener Landgericht lediglich zu je 18 Monaten Haft auf Bewährung verurteilt. Der Straftatbestand des versuchten Mordes wurde von der Judikative zurückgewiesen.[14]

Die Ausschreitungen von Hoyerswerda waren ein Fanal für eine Welle neonazistischer Anschläge auf Flüchtlingsunterkünfte im gesamten Bundesgebiet. Bis zum Jahresende 1991 wurden ca. 1500 weitere extrem rechte Gewalttaten registriert, davon 150 Brandanschläge.[15] Die Zahl der tatsächlich begangenen Straftaten aus rassistischer Motivation dürfte um ein Vielfaches höher sein.

In der bürgerlichen Presse wurden die Geschehnisse in Hoyerswerda verharmlost und ein politisches Eingreifen gegen die „Asylantenschwemme“ gefordert. So schrieb die BILD-Zeitung:[16] *„Wer ist schlimmer: Die Skinheads, die Brandsätze gegen die Asylantenheime schleudern, oder Politiker, die schlau reden und tatenlos zusehen? (...) Das zeigt, wer in*

diesem Herbst handelt und wer abwartet.“ Der Rheinische Merkur folgerte:[17] *„Wenn weiterhin Ströme von Fremden in das Land schwappen und keine erfolgreichen Maßnahmen zu ihrer Eindämmung sichtbar werden, dann in der Tat könnte die Ablehnung in der Bevölkerung zu gewaltsamen Eruptionen führen, für die Hoyerswerda das Menetekel ist.“*

Konservative PolitikerInnen instrumentalisierten die Ereignisse von Hoyerswerda für ihre eigenen Zwecke. Ein Beispiel dafür war der CDU-Politiker Eckart Schiffer, der bemerkte:[18] *„Die Bürger würden es nicht hinnehmen, wenn sie ihre ureigene, am nächsten liegende Lebens- und Erfahrungssphäre durch Überfremdung gefährdet glauben. Heimat im Sinne einer Erhaltung vertrauter Umwelt ist, nicht zuletzt im Hinblick auf die Krise des Lebens, so etwas wie ein kollektives Menschenrecht. Heimat darf nicht zu sehr an Prägung und Substanz verlieren, wenn sie in einer täglich komplizierter werdenden Umwelt weiterhin Halt gewähren soll.“*

Nach dem Pogrom ging die rassistische Hetze weiter. Die Neonaziszene in Hoyerswerda trat selbstbewusster auf, weil sie sich weiterhin der Unterstützung und schweigenden Zustimmung aus der Bevölkerung sicher sein konnte. Zum Angriffsziel der Neonazis wurden neben MigrantInnen alternative und antifaschistische Jugendliche aus Hoyerswerda und Umgebung. Der Höhepunkt dieser Entwicklung waren zwei von Neonazis verübte Morde. Im Oktober 1992 wurde die Antifaschistin Waltraut Scheffler durch Schläge mit Holzlatten getötet, nachdem sie sich gegen Neonaziparolen verbal zur Wehr gesetzt hatte. Im Februar 1993 griffen Neonazis eine Feier von alternativen Jugendlichen in Hoyerswerda an und töteten dabei den linken Musiker Mike Zerna.

Als Medium des „Nationalen Widerstandes“ agierte das „Nationale Infotelefon Sachsen“ (NIT) in Hoyerswerda, das über Veranstaltungstermine der rechten Szene informierte. Die Betreiber des NIT bezeichneten sich als „Freie Aktivisten Hoyerswerda“ (FAH). Die „Freien Aktivisten Hoyerswerda“ waren Mitherausgeber der neonazistischen Mitteldeutschen Jugendzeitung (MJZ) und waren Mitglied im „Nationalen und sozialen Aktionsbündnis Mitteldeutschland“ (NSAM), einem überregionalen Bündnis neonazistischer Kameradschaften ostdeutscher Bundesländer, das einen „nationalen Sozialismus“ und eine „Volksfront von rechts“ propagierte.

Weiterhin gab es in Hoyerswerda aktive Gruppen des sächsischen Landesverbandes der Jungen Landsmannschaft Ostpreußen e.V. (JLO), die eng mit der NPD zusammenarbeiteten.

Am 13.12.2003 kam es in Hoyerswerda zu einer rechten Demo gegen die EU-Osterweiterung mit mehr als 100 TeilnehmerInnen, die von einem Neonazi aus Baden-Württemberg organisiert wurde.[19]

Ab 2005 organisierten sich die Neonazis in Hoyerswerda und Umgebung vor allem im „Lausitzer Aktionsbündnis“ (LAB), einer Vereinigung von „Freien Kameradschaften“ und NPD/JN-MitgliederInnen. Bei der Bundestagswahl 2005 holte die NPD im Wahlkreis Kamenz-Hoyerswerda-Großenhain 6,5% der Stimmen.[20]

Am 1.5.2006 konnte eine Demo in Hoyerswerda mit 120-150 Neonazis durchgeführt werden, die Flugblätter mit „antikapitalistischem“ Inhalt an PassantInnen verteilten. In der Nacht vom 13. zum 14.2.2006 wurden in Hoyerswerda Döner- und Asia-Läden mit Hakenkreuzen, neonazistischen Parolen und NPD-Aufklebern beschmiert.[21]

Mehrere Neonazis griffen am 8.8.2009 bewaffnet mit Zaunlatten und Messern polnische Staatsangehörige an und schlugen einen Araber krankenhausreif. Eine Kurdin wurde in der Nacht zum 3.6.2010 rassistisch beschimpft und mit Feuerwerkskörpern beworfen.[22]

Diese Auflistung zeigt, dass die rassistischen Ausschreitungen Ende September 1991 keinen Einzelfall darstellen. Eingebettet in den Alltagsrassismus von Teilen der Bevölkerung schaffte und schafft es die örtliche Neonaziszene, ein Klima der Angst zu erzeugen und rassistisches Gedankengut zu etablieren.

Michael Lausberg ■

Anmerkungen:

1 Siegler, B.: Auferstanden aus Ruinen... Rechtsextremismus in der DDR, Berlin 1991, S. 139
2 Ködderitzsch, P./Müller, L. A.: Rechtsextremismus in der DDR, Göttingen 1990, S. 36
3 Borchers, A.: Neue Nazis im Osten, München 1992, S. 32
4 Zitiert aus Ebd., S. 45f
5 Ebd., S. 33
6 Dresdener Wochenblatt vom 26.7.1991
7 Der Spiegel 40/1991, S. 67
8 Antifa Info-Blatt, Nr. 16, Berlin 1995, S. 1
9 Borchers, Neue Nazis im Osten, a.a.O., S. 34f
10 Sächsische Zeitung vom 21.9.1991
11 Junge Welt vom 23.9.1991
12 Zitiert aus Süddeutsche Zeitung vom 29.11.1991
13 Zitiert aus Der Spiegel 40/1991, S: 41ff
14 taz vom 27.2.1992
15 Bundesministerium des Innern (Hrsg.): Verfassungsschutzbericht 1991, Bonn 1992, S. 74f
16 BILD-Zeitung vom 26.9.1991
17 Rheinischer Merkur vom 27.9.1991
18 Zitiert aus Der Spiegel 40/1991, S. 57
19 Landesamt für Verfassungsschutz Sachsen (Hrsg.): Verfassungsschutzbericht 2003, Dresden 2004, S. 25
20 Landesamt für Verfassungsschutz Sachsen (Hrsg.): Verfassungsschutzbericht 2005, Dresden 2005, S. 23
21 Landesamt für Verfassungsschutz Sachsen (Hrsg.): Verfassungsschutzbericht 2006, Dresden 2007, S. 36
22 Landesamt für Verfassungsschutz Sachsen (Hrsg.): Verfassungsschutzbericht 2009, Dresden 2010, S. 22

Literatur

- Antifa Info-Blatt, Nr. 16, Berlin 1995
- BILD-Zeitung vom 26.9.1991
- Borchers, A.: Neue Nazis im Osten, München 1992
- Bundesministerium des Innern (Hrsg.): Verfassungsschutzbericht 1991, Bonn 1992, S. 74f
- Der Spiegel 40/1991
- Dresdener Wochenblatt vom 26.7.1991
- Junge Welt vom 23.9.1991
- Ködderitzsch, P./Müller, L. A.: Rechtsextremismus in der DDR, Göttingen 1990
- Landesamt für Verfassungsschutz Sachsen (Hrsg.): Verfassungsschutzbericht 2003, Dresden 2004
- Landesamt für Verfassungsschutz Sachsen (Hrsg.): Verfassungsschutzbericht 2005, Dresden 2005
- Landesamt für Verfassungsschutz Sachsen (Hrsg.): Verfassungsschutzbericht 2006, Dresden 2007
- Landesamt für Verfassungsschutz Sachsen (Hrsg.): Verfassungsschutzbericht 2009, Dresden 2010
- Rheinischer Merkur vom 27.9.1991
- Sächsische Zeitung vom 21.9.1991
- Siegler, B.: Auferstanden aus Ruinen... Rechtsextremismus in der DDR, Berlin 1991
- Süddeutsche Zeitung vom 29.11.1991
- taz vom 27.2.1992

Hoyerswerda 20 Jahre später: erneuter rassistischer Angriff auf Betroffene von 1991

Am Samstag, 12.9.2011 waren drei Betroffene des rassistischen Pogroms von 1991 als Besucher erneut in Hoyerswerda – und wurden vor dem ehemaligen VertragsarbeiterInnenheim in der Schweitzer-Straße, einem der Schauplätze des Pogroms, erneut von RassistInnen beleidigt und bedroht. Die Drei wollten mit einem Kamerateam das Haus in der Schweitzer Straße besuchen, in dem einer von ihnen 1991 wohnte. Vor dem Gebäude angekommen, wurde sie von einer Gruppe von Nazis angepöbelt, die Männer und Frauen standen mit ihren Kindern vor dem Wohnblock. Über mehr als 20 Minuten imitierten die Nazis Affenlaute und beschimpften die Männer aus Mosambik und Ghana mit Worten wie „Bimbo“ und „Neger“. Auch einige Senioren schlossen sich der Hetze an, andere BewohnerInnen des Hauses beobachteten die Szene untätig. Die zum Beginn der Angriffe gerufenen Polizisten parkten fernab des Geschehens und näherten sich nur langsam. Ihre ersten Worte galten nicht den pöbelnden und drohenden Nazis, sondern den Gästen und dem Filmteam: „Schalten Sie die Kamera aus!“. Erst danach widmeten sie sich den Angreifern.

„Dass 20 Jahre nach den Angriffen von Hoyerswerda an selber Stelle wieder Menschen wegen ihrer Hautfarbe um ihre Sicherheit fürchten müssen, ist ein Skandal. Umso notwendiger erscheint unsere Demonstration am kommenden Wochenende, in der klar gesagt wird: Rassismus ist ein Problem in Hoyerswerda und wird von vielen BürgerInnen der Stadt hingenommen oder gar unterstützt“, kommentierte Mathias Buchner, Sprecher der Initiative „Pogrom 91“.

Initiative „Pogrom 91“
Web: http://pogrom91.tumblr.com ■

Vom 8. bis zum 11. September 2011 fand die „Sentieri Partigiani 2011“ statt. Die „Sentieri Partigiani“ ist eine Veranstaltung des Istoreco, einem Geschichtsinstitut. Dieses beschäftigt sich unter anderem mit dem Widerstand gegen die Faschisten in Italien.

Bei der „Sentieri Partigiani“ treffen sich jedes Jahr Anfang September vorwiegend junge Menschen in der reizvollen Gegend des Appennin, um sowohl gemeinsam mit Zeitzeug_innen auf Partisanenwegen zu wandern und ihre Geschichte(n) zu hören, als auch bei den ausgedehnten Mahlzeiten übers Gestern und Heute zu diskutieren. Sie besuchen Orte, die Schauplätze von Partisanenaktionen, Gefechten oder aber Vergeltungsaktionen der Faschisten wurden. Wie in den vorherigen Jahren nahmen auch 2011 einige ehemalige Partisan_innen teil.[1]

Am 9. September 2011 wurden die Teilnehmer_innen der „Sentieri Partigiani“ von sieben älteren Frauen in dem kleinen italienischen Bauerndorf Cervarolo empfangen. Auf dem Dreschplatz des Dorfes schilderten sie ihre Erinnerungen an den 20. März 1944. Ein grauenvoller Tag in der Geschichte des Dorfes.

Was war passiert?

Am 19. März 1944 tauchten zum ersten Mal Einheiten der „Hermann Göring Division“ in Cervarolo auf. Da eine Durchkämmungsaktion erwartet wurde, waren die Männer im arbeitsfähigen und wehrpflichtigen Alter in die umliegenden Wälder geflohen. Sie fürchteten zur Zwangsarbeit verschleppt zu werden. In Anbetracht der fehlenden männlichen Bevölkerung sprach der verantwortliche deutsche Offizier die Frauen des Dorfes an. Er sagte ihnen, sie sollten ihre Männer aus ihren Verstecken zurück rufen, dann würde ihnen nichts geschehen. Im Gegenteil, eine Heimkehr würde als Vertrauensbeweis positiv gewertet. Würden die Männer hingegen im Wald angetroffen, würden sie von den Soldaten als Partisanen betrachtet und getötet. Die Frauen glaubten dem deutschen Offizier und verständigten ihre Männer über dessen Aussagen. Die meisten der untergetauchten Männer kehrten daraufhin ins Dorf zurück.

Am Morgen des 20. März wurde Cervarolo besetzt. Die Soldaten durchsuchen Haus für Haus. Die Männer wurden gefangen genommen und zum örtlichen Dreschplatz gebracht. Selbst die Kranken und Behinderten schleifte man dorthin. Einige Männer wurden auch an Ort und Stelle in ihren Häusern getötet. Auch der Pfarrer des Dorfes wurde auf den Dreschplatz getrieben – nackt, um ihn zu demütigen.

Kein Vergeben, kein Vergessen

Die Frauen von Cervarolo fordern Bestrafung der Täter

Dann schickten sie die Frauen und Kinder weg und erschossen die Männer. Anschließend zündeten die Wehrmachtssoldaten die Häuser an. Zuvor wurde alles geplündert, die Frauen wurden vergewaltigt.

Die Frauen und Kinder fanden bei ihrer Rückkehr nur noch die Leichen ihrer Männer, Väter, Brüder und Großväter vor, niedergebrannte Häuser, in denen sie nicht mehr wohnen konnten, verbrannt oder weggeschleppt alles, was sie zu ihrer Existenz brauchten. Sie standen im wahrsten Sinne des Wortes vor dem Nichts und waren auf Hilfe der ebenfalls armen Nachbarn angewiesen. Cervarolo wird seitdem das „Dorf der Witwen“ genannt.[2]



Zeitzeugengespräch in Cervarolo

Der Prozess

Erst nachdem die Akten im sogenannten „Schrank der Schande“ entdeckt wurden, konnten Ermittlungen eingeleitet werden. Der so genannte Schrank der Schande (italienisch: Armadio della vergogna) war ein versiegelter brauner Holzschrank, der von 1960 bis 1994 mit der Tür zu einer Wand und eigens mit einem Eisengitter abgesichert im Palazzo Cesi, dem Sitz der Allgemeinen Militäranwaltschaft in Rom aufbewahrt wurde. In diesem Schrank wurden im Jahr 1960, auf Beschluss des damaligen allgemeinen Militärstaatsanwaltes, Enrico Santacroce, Aktenbündel über 2274 Fälle von NS-Kriegsverbrechen in Italien im Zweiten Weltkrieg „provisorisch archiviert“. 3

Die Ermittlungen mündeten in einen Prozess, der sein vorläufiges Ende am 6. Juli 2011 vor dem Militärgericht in Verona hatte. Die am Massaker beteiligten ehemalige Wehrmachtssoldaten der Berliner Fallschirm-Panzer-Division „Hermann Göring“ wurden zu lebenslangen Haftstrafen und Schadensersatzzahlungen in unbekannter Höhe an die Hinterbliebenen, die Partisan_innen-Organisation A.N.P.I., die betroffenen Kommunen, an die Provinz Modena und die Region Emilia-Romagna verurteilt. Die Bundesrepublik wurde zur Gesamtschuldnerischen Haftung verurteilt.

Laut dem Urteil von Verona wurden verurteilt: Hans Georg Karl Winkler (für die Massaker am Monte Falterona und in Mommio), Fritz Olberg, Wilhelm Karl Stark (für die Massaker in Cervarolo, Mommio und am Monte Falterona), Ferdinand Osterhaus (für die Massaker in Monchio, Susano und Costrignano und Mommio), Helmut Odenwald (für die Massaker in Monchio, Susano und Costrignano, am Monte Morello und am Monte Falterona), Alfred Lühmann (für die Massaker in Monchio, Susano und Costrignano und am Monte Falterona), Erich Koeppe (für die Massaker am Monte Morello und am Monte Falterona).[4]

Damit endete ein langjähriger Prozess, der am 11. November 2009 mit zwölf Angeklagten begonnen hatte. In dem Verfahren ging es um Massaker an der Zivilbevölkerung, die zwischen März und Juni 1944 in der Grenzregion zwischen den Regionen Emilia-Romagna und der Toskana begangen wurden.

Die Bestrafung der Täter – Das Verhalten der Bundesrepublik Deutschland

Deutschland liefert die Verurteilten nicht aus. Auch Anträge des italienischen Staates, dass die Verurteilten die Haftstrafen in Deutschland verbringen, bleiben unbeantwortet. Deutschland wurde zu Entschädigungszahlungen in Höhe von 22 Millionen Euro verurteilt. Die Bundesrepublik verweigert die Zahlung und beruft sich darauf, dass es gegen italienische Urteile immun ist.

Die Zukunft

Die anwesenden Frauen auf dem Dreschplatz von Cervarolo, dem Ort des Massakers, sagten sehr deutlich, dass ihr Leben zerstört wurde. Sie werden nie vergessen, was passiert ist. Und sie werden den Tätern nie vergeben. Dass die Täter nach wie vor auf freien Fuß sind, können sie nicht verstehen. Eine kleine Genugtuung für sie ist jedoch, dass die Verurteilten nicht mehr anonym sind, dass ihre Familien über ihre Verbrechen informiert sind.

Die Hinterbliebenen von Cervarolo fordern Antifaschist_innen dazu auf, die Täter in die Öffentlichkeit zu holen. Sie sind nicht die netten alten Opas von Nebenan, sie sind verurteilte Kriegsverbrecher. So demonstrierten Antifaaschist_innen am 16. Juli 2011 in Berlin Reinickendorf und wiesen darauf hin, dass Helmut Odenwald in der Nähe wohnt.[5] Ein Anfang.

Das Urteil von Verona[6] könnte Auswirkungen auf den Prozess vor dem Internationalen Gerichtshof in Den Haag haben. Dort klagt die Bundesrepublik gegen die Durchsetzung der Entschädigungsforderungen der Opfer und Hinterbliebenen von Massakern in Italien und Griechenland. Der Prozess begann am 12. September 2011 – drei Tage nach dem Besuch in Cervarolo. *Jens Thöricht* ■

1 http://www.istoreco.re.it/default.asp?page=337,DEU
2 http://www.resistenza.de/content/view/132/82/
3 https://secure.wikimedia.org/wikipedia/de/wiki/Schrank_der_Schande
4 http://www.istoreco.re.it/default.asp?page=1414,DEU
5 http://ns-prozesse.blogspot.com/2011/07/demo-gegen-ns-kriegsverbrecher-bleibt.html
6 http://issuu.com/kobayashi/docs/cervarolo_dispositivo_sentenza_verona_winkler/23



Protestaktion vor Auswärtigem Amt Berlin

Am Freitag, 9. September 2011, fand vor dem Auswärtigen Amt eine Protestkundgebung anlässlich der Klage der Bundesrepublik Deutschland gegen Italien vor dem Internationalen Gerichtshof in Den Haag statt. Es sprachen der Wehrmachtsdeserteur Ludwig Baumann, der Journalist Eberhard Rondholz und der Berliner VVN-BdA Vorsitzende Hans Coppi. Ulla Jelpke sprach ein Grußwort. Trotz des elenden Dauerregens kamen viele Berlin-Touristen vorbei. Mit vielen, darunter Menschen aus Israel, Polen und Dänemark, die sich sehr erfreut über die Kundgebung äußerten und zum Teil von eigenen Familien-Verfolgtengeschichten berichteten, wurden Gespräche geführt.

Quelle: indymedia, 12.9.2011 ■

Goethe-Institut in Thessaloniki besetzt

Am 8 September 2011 wurde das Goethe-Instiut in Thessaloniki (Griechenland) von Antifaschist_innen aus der BRD temporär besetzt. Gegen 12.00 Uhr Ortszeit betraten die 25 Besetzer_innen das Goethe-Institut an einer viel befahrenen Verkehrsstraße im Zentrum Thessalonikis. Sie erklärten das Institut für zwei Stunden besetzt und hingen mehrere Transparenten auf deutsch und griechisch auf.

Als Grund ihrer Besetzung gaben die Aktivist_innen in einem Flugblatt die Gerichtsverfahren gegen NS-Verbrechen im besetzten Europa, u.a. in Griechenland, an. Die BRD wehrt sich gegen jegliche Entschädigungsforderungen der Opfer, die sich seit den 90ern durch sämtliche Instanzen geklagt haben. Nun hat es die Bundesregierung soweit gebracht, dass sie im Zusammenhang dieser Verfahren am 12. September 2011 vor dem Internationalen Gerichtshof in Den Haag nicht auf der Anklagebank, sondern auf dem Platz der „Geschädigten“ Platz nimmt. Zwischenzeitlich stand in Griechenland, wo die Klagen der Opfer in den höchsten Instanzen bewilligt wurden, u.a. das Goethe-Institut zur Zwangsversteigerung, da die Bundesregierung die Zahlungen verweigerte. Die BRD intervenierte massiv und bekam 2007 durch den Europäische Gerichtshof der Menschenrechte in Straßburg Recht. In ihrem Flugblatt verweisen die Besetzer_innen auf die politische sowie ideologische Bedeutung dieser Interventionsmaßnahmen der BRD. Das Goethe-Institut hat für die Bundesregierung „kulturelle Repräsentanz“; diese Einrichtung dient laut Außenminister Westerwelle einer wichtigen Standortwerbung. Insbeondere in Zeiten der Staatsschuldenkrise werden die Bemühungen Deutschlands klar, sich nicht nur als ein wichtiger Player der innereuropäischen Standortkonkurrenz hervorzutun, sondern ebenfalls mit dem Etikett „Kulturnation“ zu glänzen.





Die Mitarbeiter_innen des Goethe-Instituts reagierten bis auf wenige Ausnahmen sehr interessiert, zum Teil gar verständnisvoll und diskussionsbereit. Nachdem der Institutsleiter den deutschen Konsul in Griechenland über die Aktion telefonisch informierte, bat er die Besetzer_innen zur Diskussion. Er selbst habe großes Verständnis für die Aktion. Er fände es richtig, was die Besetzer_innen als Beschwerde gegen den Verlauf der Gerichtsprozesse bezüglich der NS-Verbrechen vortragen. Leider seien ihm und allen Mitarbeiter_innen die Hände gebunden, da sie im Goethe-Institut dem Auswärtigen Amt subsumiert sind. Hierbei wurde über die vermeintliche Unabhängigkeit der Goethe-Institute diskutiert, wird diese doch sonst immer besonders hoch gehalten. Dass mit „deutschen Interessen“ nur die Verweigerung jeder materiellen Wiedergutmachung der NS-Verbrechen des Dritten Reichs gemeint ist, musste dann auch der Institutsleiter zugeben.

Draußen verteilten die Aktivist_innen Hunderte Flugblätter auf griechisch. Einige Passant_innen blieben interessiert stehen und ließen sich in Gesprächen mit den Besetzer_innen auf die Thematik ein. Nach zwei Stunden zogen die Besetzer_innen – wie angekündigt – ab.

Quelle: indymedia, 9.9.2011 ■

Bei den Veranstaltungen in Nizza und im westfranzösischen Bezirk Mayenne wurden neue prominente Unterstützer der Partei präsentiert. Auch der frühere Chef der politischen Polizei in Frankreich – die sonst „Extremisten beobachten" soll – plädierte jüngst für ein Regierungsbündnis der Konservativen mit dem „erneuerten" FN…

Die sommerliche Urlaubsperiode ist in diesem Jahr definitiv zu Ende, auch für den französischen Front National (FN). Am Wochenende des 10./11.September 2011 hielt die rechtsextreme Partei in Nizza ihre „Sommertage Marine Le Pen" – so die, stark nach Personenkult riechende, neue Bezeichnung der früheren „Sommeruniversität" oder „Sommerakademie" – ab. Die 43-jährige Parteichefin und Präsidentschaftskandidatin spulte dabei besonders einen Law & Order-Diskurs ab und wetterte gegen das „Versagen" der Rechtsregierung unter Nicolas Sarkozy auf dem Gebiet der „Inneren Sicherheit". U.a. forderte sie die lebenslängliche Streichung von Sozialleistungen für „Wiederholungsstraftäter" (aller Art & jeglicher Schwere des Delikts ab einem Jahr Haft als Strafandrohung). Sie sprach aber vor den rund 2000 Anwesenden auch über die Einwanderungspolitik - „die Masse der Ankommenden seit 20 oder 30 Jahren, in großer Mehrheit aus einem sehr unterschiedlichen Kulturkreise als unserem, macht die Assimilation wirkungslos ja unmöglich", behauptete sie dazu – und forderte die Einführung der ‚préférence nationale'. Dieses Prinzip, das nichts anderes als eine explizit rechtliche Diskriminierung bedeutet, nämlich die Reservierung von Arbeitsplätzen oder Sozialleistungen an Inhaber eines französischen Ausweises, bildet seit über 20 Jahren den Kernbestandteil des Parteiprogramms des FN. Trotz ihres ausdrücklich erhobenen Anspruchs, die Partei zu modernisieren und (wie sie es nennt) zu „entdiabolisieren", rüttelt Marine Le Pen daran nicht nur nicht, sondern sie bekräftigt diesen ideologischen Programmsatz ausdrücklich. In Nizza rief sie dazu aus: „Die nationale Solidarität muss für unsere Landsleute reserviert werden!"

Prominent oder peinlich? Der Anwalt Gilbert Collard…

Marine Le Pen konnte sich in Nizza auch mit (alt-)neuen prominenten Unterstützern schmücken. Als Vorsitzender ihres „Unterstützerkomitees", das im Vorfeld der Präsidentschaftswahl 2012 ihre Kandidatur stützt, stellte sich der Anwalt Gilbert Collard den Anwesenden vor. Collard war sehr viel früher – vor über zwanzig Jahren – eher in einem linken und antirassistischen Milieu unterwegs gewesen, war jedoch damals schon von Karrierismus und Geltungssucht getrieben.

Frankreich:
Der Vorwahlkampf des Front National hat begonnen

Die Antirassismusbewegung MRAP schloss ihn im Jahr 1990 aus, weil er den notirischen Auschwitzleugner Bernard Notin gerichtlich verteidigte und dabei einen Titel (als Ortsvorsitzender) usurpierte, den er in Wirklichkeit nicht trug, um die Aufmerksamkeit für seine Verteidigung in den Medien zu erhöhen. Collard hatte bereits am 16. Juni 2011 auf einem Kolloquium des FN über „rechtsfreie Räume in der Republik" gesprochen. In Nizza präsentierte er nunmehr seine neueste Masche: Er sei angeblich „der Anwalt der Kinder von Izieu" – es handelt sich um 39 jüdische Kinder, die 1944 aus dem Raum Grenoble in die Todeslager deportiert wurden – gewesen. Diese hätten angeblich bei ihrem Abtransport patriotische Lieder gesungen, und deswegen fände er es schändlich, wenn heute die Nationalhymne missachtet werde. Mit Pathos in der Stimme erinnerte er an „den kleinen André", der damals die Reise in den Tod antreten musste. Kleiner Schönheitsfehler: Die Gedenkstätte für die Kinder von Izieu betonte, es habe „überhaupt keinen André unter den betroffenen Kindern" gegeben, und die patriotischen Lieder anzustimmen – dazu seien diese durch ihre Bewacher gezwungen worden[1]. Außerdem sei es eine Lüge, dass Collard ihr Anwalt gewesen sei. Vielmehr habe Collard lediglich als einer von mehreren Anwälten am Prozess gegen den früheren Gestapo-Chef von Lyon, Klaus Barbie (der 1987 in Frankreich verurteilt wurde, unter vielen Anklagepunkten u.a. auch für die Deportation der Kinder von Izieu), teilgenommen. Er sei jedoch nur einmal aufgetaucht, als besonders viele Kameras anwesend gewesen seien, um ein kurzes Plädoyer zu halten – ohne weitere Bedeutung für den Prozess als solchen.

Weitere prominente Unterstützer

Daneben wurden als neue prominente Unterstützer für Marine Le Pen auch der frühere Bürgermeister von Nizza, Jacques Peyrat (vor 1994 beim FN, 1995 zum Bürgermeister gewählt, 1996 zu den Konservativen übergetreten und 2008 abgewählt) sowie der frühere Europaparlamentsabgeordnete der nationalkonservativen EU-Skeptiker, Paul-Marie Couteaux – ein von „patriotischem" Pathos notorisch verwirrter Schwurbelkopf – präsentiert.

Am selben Wochenende, an dem in Nizza die FN-Veranstaltung tagte, erregte der frühere Chef der ‚Renseignements Généraux' (R.G.) – einer Art politischen Polizei in Frankreich, ungefähr mit den Verfassungsschutzämtern in Deutschland vergleichbar –, Yves Bertrand, frankreichweit für enormes Aufsehen. Er hatte in einem Interview mit dem neokonservativen Organ ‚Causeur.fr' für die Einbindung des Front National in eine Regierungskoalition mit den Konservativen plädiert[2]: Unter Marine Le Pen habe die Partei sich ja zum Besseren gewandelt, dem Extremismus und dem Antisemitismus abgeschworen. Im Nachhinein publizierte Yves Bertrand kurz darauf ein Dementi, das jedoch nichts dementierte, sondern lediglich feststellte, er habe sich jetzt aber auch wieder „nicht Marine Le Pen angeschlossen".[3] Sondern ihr lediglich Koalitionsfähigkeit attestiert.

Am darauf folgenden Wochenende – genauer am Samstag, den 17. September 2011 – hielt Marine Le Pen ihre erste Grobveranstaltung im expliziten Zusammenhang mit dem beginnenden Wahlkampf für die Präsidentschaftswahl 2012 auf. In Vaiges westfranzösischen Département Mayenne – einem Gebiet, in welchem der FN (wie in ganz Westfrankreich, westlich einer Nord-Süd-Linie von Le Havre nach Perpignan) bisher nur un-

Anzeige

Bernhard Schmid

Frankreich in Afrika

Eine (Neo)Kolonialmacht in der Europäischen Union zu Anfang des 21. Jahrhundert

312 Seiten | 19,80 Euro | ISBN 978-3-89771-034-4

Noch heute unterhält Frankreich Sonderbeziehungen auf dem afrikanischen Kontinent, die in der Ära des französischen Kolonialismus wurzeln.

Dieser endete zwar formell für die meisten afrikanischen Kolonien im Jahr 1960, doch unterhält die Armee Frankreichs noch immer eigene Militärbasen in mehreren Ländern des Kontinents und ein Dutzend afrikanischer Staaten bleibt durch wirtschaftliche Strukturen und Abhängigkeiten sowie eine gemeinsame Währung eng an Paris gebunden.

Nichtsdestotrotz ist dieses neokoloniale System auch Veränderungen ausgesetzt. Aufgrund innenpolitischer Faktoren – seien es wachsende Kritik oder auch Sparzwänge – und aufgrund wachsender Konkurrenz mit China, den USA und anderen neuen Akteuren auf dem afrikanischen Kontinent ist es gezwungen, sich in Teilen zu wandeln. Auch die klar negative Rolle Frankreichs während des Völkermords in Rwanda 1994 wurde und wird diesem System vorgeworfen.

Bernhard Schmid untersucht diese Entwicklungen, aber auch die dieses neokoloniale System begleitende Ideologie, die Veränderungen und Kontinuitäten des Systems *Françafrique*.



UNRAST Verlag
Postfach 8020 | 48043 Münster
kontakt@unrast-verlag.de

terdurchschnittlich stark ist – trat sie vor rund 800 Personen in einem Schloss, das einer Parteigängerin des FN gehört, auf. Die Schlossherrin ist Marie-Alix Le Comte, seit 1982 Parteimitglied beim FN, wollte ihr Gut jedoch vor Presseleuten nur pseudo-bescheiden als „größeren Wohnsitz" bezeichnet wissen[4]. Dort trat neben ihr als Redner u.a. Jean-Marc Lacoste-Reymondie auf, Bezirkssekretär im westfranzösischen Chartene-Maritim, der u.a. Charles Maurras als „großen politischen Denker" zitierte. Also den langjährigen Chef der katholisch-nationalistischen und monarchistischen Bewegung Action française, einer der wichtigsten Organisationen der extremen Rechten in Frankreich während quasi der ganzen ersten Hälfte des 20. Jahrhundert. Die damalige AF (von ihr existieren heute noch kleine monarchistische Splittergruppen) war zwar noch prä-faschistisch und ging allen explizit faschistischen Bewegungsformen historisch voraus, war jedoch auch klar anti-demokratisch und anti-egalitär orientiert. Die eindeutigen historischen Bezüge in Teilen des FN – die in anderen Parteiflügeln mit anderen geschichtlichen Referenzen konkurrieren – wurden dabei einmal mehr deutlich.

Marine Le Pen, Auflöserin der „Wirtschafts- und der Moralkrise" ?

Anlässlich ihres Auftritts in Westfrankreich schwang Marine Le Pen sich zur Sauberfrau der Nation auf. Vor allem in Sachen Ökonomie. So forderte die rechtsextreme Politikerin: „Man muss den Staat reinigen von den Profiteuren, den Geschäftemachern, den Korrupten."[5] Unter Berufung auf die „Nationalheilige" der extremen Rechten – Jeanne d'Arc –, den katholischen Kirchenlehrer des 13. Jahrhunderts Thomas von Aquin, den früheren Präsidenten Charles de Gaulle und den 1914 ermordeten Sozialistenführer Jean Jaurès (wild durcheinander, um einmal mehr die politischen Codes durcheinander zu wirbeln und Verwirrung zu stiften) attackierte sie die „Oligarchen aller Art".

Unter Berufung auf die Korruption, als vermeintliches Bindeglied zwischen beiden Thematiken, griff sie gleichermaßen „die moralische Krise" und „die wirtschaftliche Krise" an, wobei Erstere angeblich Zweitere erklären soll. Die Chefin des Front National fügte dazu wörtlich hinzu: „Es ist eine doppelte Krise, für die wir sofort Lösungen finden müssen. Eine wirtschaftliche, finanzielle und soziale Krise und eine Krise der öffentlichen Moral (= Moral im Staate) und damit in der Politik. Die zweit(genannt)e hat natürlich die erste ins Rollen gebracht." Aufgrund der Politikerkorruption, so suggeriert diese Aussage. So stark kann in Wirklichkeit freilich überhaupt keine Korruption in der Republik sein, dass sie als solche den aktuellen Zyklus der Krise der Kapitalverwertung in Form der seit 2007 ausgebrochenen Finanz- u. Wirtschaftskrise internationalen Charakters erklären könnte…

Pathetisch rief Marine Le Pen dazu aus: „Man muss die Ökonomie reinigen von den Spekulanten und Betrügern. Das ist es, was die Geschichte uns in Erinnerung ruft." Als konkrete Schritte suggerierte Marine Le Pen zunächst vor allem „Untersuchungen zur moralischen Lebensführung für öffentliche Persönlichkeiten wie beispielsweise Dominique Strauss-Kahn und Georges Tron." Gegen beide Politiker, den französischen Sozialdemokraten (und früheren IWF-Direktor) Strauss-Kahn und gegen den konservativen Minister für den öffentlichen Dienst, welcher Ende Mai 2011 zurücktreten musste, wurde und wird wegen jeweils mehrerer Vergewaltigungsvorwürfe – auch nach Einstellung des prominentesten Strafverfahrens gegen „DSK" in New York – ermittelt.

Bernhard Schmid, Paris ■

1 Vgl. http://www.lemonde.fr/politique/article/2011/09/13/gilbert-collard-accuse-d-instrumentaliser-la-memoire-des-enfants-d-izieu_1571839_823448.html#ens_id=1556164
2 Vgl. http://www.causeur.fr/yves-bertrand-«-il-faut-en-finir-avec-la-diabolisation-du-fn-»,11323
3 Vgl. http://www.marianne2.fr/Exclusif-Yves-Bertrand-dement-avoir-rejoint-Marine-le-Pen_a210127.html?preaction=nl&id=5908561&idnl=26453&
4 Vgl. http://www.marianne2.fr/En-Mayenne-Marine-Le-Pen-lave-plus-blanc-mais-regrette-TF1_a210378.html?preaction=nl&id=5908561&idnl=26463&
5 Vgl. http://www.lemonde.fr/politique/article/2011/09/17/marine-le-pen-se-pose-en-avocate-de-la-morale-publique_1573904_823448.html#ens_id=1556164

Mahnmal auf dem Leipziger Hauptbahnhof

An Gleis 24 des Hauptbahnhofs Leipzig wird demnächst eine Gedenkinstallation an die Deportierten der „Deutschen Reichsbahn" erinnern. Dies bestätigt die Leipziger Bürgerinitiative „Gedenkmarsch e.V.", deren ausdauernde Aktivitäten alle Widerstände überwinden konnten. 2005 hatte sich der Pächter der Verkaufsmeile im Hauptbahnhof, das Hamburger „ECE-Management", gegen das geforderte Gedenken ausgesprochen. ECE ist inzwischen maßgeblich an der zukünftigen Verkaufsmeile auf dem Gelände des heutigen Hauptbahnhofs Stuttgart beteiligt. Nachdem die Gruppe „Gedenkmarsch" über mehrere Jahre ein breites Bündnis der Leipziger Zivilgesellschaft mobilisieren konnte, stimmte jetzt die DB AG der Installation zu. In einer „Absichtserklärung" des Unternehmens vom Juli heißt es, die „Reichsbahn"-Erbin werde „nach Vorlage der Planungsunterlagen" mit der Bürgerinitiative „einen Gestattungsvertrag" abschließen.

Über 262 Leipziger Kinder und Jugendliche fuhren mit der „Deutschen Reichsbahn" in den Tod, insgesamt mehr als 2000 Leipziger Bürger wurden auf dem deutschen Schienennetz in die Lager verschleppt. Im vollständig modernisierten Leipziger Hauptbahnhof ist bis heute kein Hinweis auf die insgesamt 26 Transporte nach Auschwitz, Terezin (Theresienstadt), Riga und Belzyce zu finden. Am Deportationsgleis hielt die DB AG noch im Mai 2011 ein feucht-fröhliches Frühjahrsfest ab.

Nachdem der „Zug der Erinnerung" 2008 am Leipziger Gleis 24 Station gemacht hatte und der damalige Ministerpräsident Milbradt (CDU) in Sachsen die Schirmherrschaft übernahm, stieg die Unterstützung für ein besonderes Gedenken auf dem Leipziger Hauptbahnhof. Mehrere Bundes- und Landtagsabgeordnete, die 2008 den Zug in Leipzig begrüßten, darunter Bärbel Höll (DIE LINKE) und Monika Lazar (Bündnis 90/ Die Grünen), gehören bis heute zu den Förderern des Gedenkprojekts. Mit dabei ist jetzt auch Wolfgang Tiefensee (SPD). In seiner damaligen Funktion als Bundesverkehrsminister war der aus Leipzig stammende Tiefensee 2008 noch Gegenspieler des „Zug der Erinnerung", dem er eine direkte Unterstützung verweigerte.



Gefangene bei Arbeiten an der sogenannten Buchenwald-Bahn.

Die Gruppe „Gedenkmarsch" und das Friedenszentrum Leipzig sammeln seit vier Wochen in Leipzig Spenden, um die Gedenkinstallation finanzieren zu können. Voraussichtliches Datum der Einweihung soll der kommende Holocaust-Gedenktag am 27. Januar 2012 sein. MdB Bärbel Höll kann sich vorstellen, dass ähnliche Projekte „auch auf anderen Bahnhöfen" realisiert werden. Und die Bundestagsabgeordnete Monika Lazar meint: „Wichtig ist, dass die Erinnerung am Ort des Geschehens erfolgt, die Bahn muss sich ihrer Verantwortung stellen."

www.zug-der-erinnerung.eu ■

Griechenland: Beginn der Arbeiten am Grenzgraben

Griechenland hat mit dem Ausbau seiner Grenzanlagen begonnen und will die irreguläre Zuwanderung aus der Türkei durch einen 30 m breiten und 7 m tiefen Graben an der Grenze stoppen. Der Graben soll über 120 km entlang des griechisch-türkischen Grenzflusses Evros verlaufen. Bislang steht an der Grenze ein 3 m hoher Zaun, der mit Wärmebildkameras überwacht wird. Seit Herbst 2010 war es zu vermehrter irregulärer Einwanderung in die EU über die türkisch-griechische Grenze gekommen. Die türkische Regierung reagierte ablehnend auf die Nachricht vom Bau des Grenzgrabens. Migrationsexperten kritisieren, dass sich Flüchtlinge von dem Graben nicht aufhalten lassen werden.

Quelle: Newsletter „Migration und Bevölkerung" Ausgabe 7/2011 ■

Ismail Abdi nach einem Jahr in Syrien nach Deutschland zurückgekehrt

Niedersachsen. Der deutsche Menschenrechtler Ismail Abdi ist am 21.8.2011 in Deutschland angekommen. Er war sieben Monate und sieben Tage in syrischer Haft, anschließend wurde ihm ein Ausreiseverbot auferlegt. Ende März wurde er aus der Haft entlassen. Er stand unter ständiger Beobachtung der Geheimdienste und war sogar Morddrohungen ausgesetzt. Er befindet sich in guter Verfassung. Während seiner Haftzeit wurde Ismail Abdi Zeuge von den als „unmenschlich und barbarisch" beschriebenen Methoden der Sicherheitskräfte. Abdi musste mit ansehen wie andere Dissidenten gefoltert wurden. „Ich habe viele erwachsene Männer unter Foltereinfluss weinen hören", so Abdi.

Der Grund seiner Festnahme war sein langjähriger Einsatz für die Menschenrechte in Syrien.

Ismail Abdi, ein Deutscher syrischer Abstammung, wurde am 23.8.2010 am Flughafen in Aleppo nach einem Besuch seiner sterbenskranken Mutter bei der Ausreise von syrischen Beamten verschleppt. Anschließend lag sechs Wochen lang kein Lebenszeichen von ihm vor. Weder der Aufenthaltsort, noch die genauen Vorwürfe waren bekannt. Anfang September haben die Medien und viele Politiker den Fall publik gemacht und die Freilassung von Herrn Abdi gefordert.

„Ich freue mich wieder in meiner Heimat sein zu können und bedanke mich inständig bei Allen, die sich für meine Freilassung eingesetzt haben. " so Abdi.

Quelle: Flüchtlingsrat Niedersachsen ■

Verteidigt das Recht der Flüchtlinge in Thüringen auf Selbstorganisation!

Thüringen. Miloud L. Cherif, ein Flüchtlingsaktivist aus Zella-Mehlis, wird Haft angedroht, weil er sich weigert, die Strafe für einen Verstoß gegen die Residenzpflicht zu zahlen – eine Regelung, die Flüchtlingsrechte missbraucht und gegen das Recht auf Bewegungsfreiheit in Deutschland verstößt.

Verschiedene Proteste der Flüchtlinge in Zella-Mehlis und Meiningen gemeinsam mit der Flüchtlingsgemeinschaft in Thüringen fanden bereits statt. Der Widerstand gegen die Isolation und den Missbrauch der Rechte der Flüchtlinge in Form von Gesetzen und durch die Behörden wurde in den vergangen Monaten weiter manifestiert. Der Erfolg unserer Kampagne, die Missbräuche in Gerstungen, Gangloffsömmern, Breitenworbis und Zella-Mehlis durch Selbstorganisation der Flüchtlinge und Solidarität innerhalb der Gemeinschaft öffentlich zu machen, hat vielen Flüchtlingen und Nicht-Flüchtlingen Kraft gegeben.

Durch Treffen und Besuche der Flüchtlingsdelegationen, Presse- und Onlinearbeit sowie Kundgebungen, Demonstrationen und die bundesweite Unterstützung der KARAWANE für die Rechte und Flüchtlinge der Migranten in Deutschland wurde öffentlich Druck auf die Behörden ausgeübt, die Isolationslager in Thüringen zu schließen..

All diese Aktionen wurden aktiv von Miloud L. Cherif aus Zella Mehlis gemeinsam mit dem The VOICE Flüchtlings Forum aus Jena und unserem Unterstützer-Netzwerk in Thüringen koordiniert. Durch den Widerstand der Flüchtlinge und die Unterstützung von The VOICE / KARAWANE / BREAK ISOLATION NETZWERK in Thüringen soll die Kampagne in alle Isolationslager deutschlandweit getragen werden.

The VOICE Refugee Forum Jena http://thevoiceforum.org/ ■

Tag des Flüchtlings: Im Jahr 2011 zum 25. Mal

Am 30. September findet im Rahmen der Interkulturellen Wochen der Tag des Flüchtlings statt. Dieses Jahr jährt sich der Tag des Flüchtlings zum 25. Mal.

Das diesjährige Motto lautet „Mauern verletzen Flüchtlingsrechte!". Das Materialheft und das Plakat mit dem Motiv „Mauern verletzen Flüchtlingsrechte!" wurde von Pro Asyl erarbeitet. Das Heft enthält Analysen, Fakten und Impulse gegen die Ausgrenzung von Flüchtlingen. Es kann auf der Homepage eingesehen



werden: www.pro-asyl.de. In einem Grußwort zum Tag des Flüchtlings verweist der Vertreter des Hohen Flüchtlingskommissars der Vereinten Nationen (UNHCR) für Deutschland und Österreich, Michael Lindenbauer, auf die gesellschaftlichen Veränderungen in den nordafrikanischen Staaten, die in Europa „neben Euphorie einmal mehr leider auch Ängste hervorgerufen haben". Er fordert Deutschland und die Europäische Union auf, „die Zugbrücken herunterzulassen" und das von der UNHCR initiierte Resettlement-Programm (die freiwillige Neuansiedlung von Flüchtlingen aus Erstzufluchtsländern) stärker zu unterstützen.

Quelle: Publikation „Forum Migration September 2011" ■

Keine ausreichende Finanzierung der Integrationskurse

Berlin. „Die Bundesregierung behauptet, Integrationspolitik habe für sie höchste Priorität. Statt das Sprachkursangebot dem tatsächlichen Bedarf anzupassen, wird das Angebot entsprechend der nicht ausreichenden Haushaltsmittel verschlechtert. In der Folge gehen die Teilnehmerzahlen zurück, und Lehrkräfte müssen weiterhin für einen Hungerlohn arbeiten. Hier klaffen Anspruch und Wirklichkeit weit auseinander", erklärt Sevim Dagdelen, migrationspolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE anlässlich der Antwort der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage (Bundestagsdrucksache 17/6924). Dagdelen weiter:

„Mit vorwurfsvollem Ton werden Migrantinnen und Migranten permanent zum Deutsch-Lernen aufgefordert. Gleichzeit werden immer neue Sprachhürden im Aufenthaltsrecht errichtet. Und es ist ein Skandal, dass die Bundesregierung auch in Zukunft die qualifizierten Lehrkräfte im Integrationskursbereich weiterhin mit Honoraren auf HARTZ IV-Niveau abspeisen will. →

„Gazale gehört zu uns“

Hildesheim. 130 Menschen versammelten sich am 7. September am Angoulemeplatz in Hildesheim, um der Forderung des Unterstützerkreises für eine Rückkehr von Gazale Salame zu ihrer Familie nach Dinklar im Landkreis Hildesheim Nachdruck zu verleihen. Gazale wurde am 10. Februar 2005 auf Anweisung des Landkreis Hildesheim ohne vorherige Ankündigung und trotz einer bestehenden Schwangerschaft zusammen mit ihrer einjährigen Tochter Schams in die Türkei abgeschoben, als Vater Ahmed Siala gerade die beiden älteren Töchter zur Schule brachte . Seither lebt die Familie getrennt.

Die Demonstration stand unter dem Schock der Erklärung des Landkreises, trotz der offenkundigen Ungereimtheiten und Widersprüche in dem Registerauszug, der eine türkische Abstammung von Ahmed Siala belegen soll, an der Konstruktion einer türkischen Herkunft der Familie Siala festzuhalten. Unbeeindruckt von den vorgelegten libanesischen Dokumenten, die die Registrierung der bis zu ihrer Flucht in Beirut lebenden Familie Siala seit 1952 im Libanon dokumentieren, behauptet der Landkreis weiterhin, Ahmed Siala sei ein Türke, weil sein Vater in der Türkei registriert sei. Dabei hat die Familie türkischen Boden nie betreten. Die Flucht der Familie aus der „Hölle von Beirut“ nach Deutschland erfolgte 1985.

Als Erste ergriff Dr. Lore Auerbach das Wort. Sie erläuterte noch einmal, dass der Landkreis es in der Hand hätte, angesichts offenkundig falscher Einträge in das türkische Register den Sachverhalt neu zu bewerten und endlich einen Schlussstrich unter den Fall zu ziehen. Eine politische Lösung sei überfällig, wie sie das Bundesverwaltungsgericht bereits im Januar 2009 gefordert hat. Gazale sei inzwischen psychisch zermürbt und suizidgefährdet.

Superintendent Helmut Aßmann appellierte – auch im Namen von Domkapitular Osthaus – an den Landrat, seine Entscheidung zu überdenken, Ahmed Siala eine Aufenthaltserlaubnis zu erteilen und Gazale eine Rückkehr im Wege des Familiennachzugs zu ermöglichen. Er verwies darauf, dass die Lösung kein juristisches Problem sei, sondern ein politisches. Es gehe um die Grundlagen der Gesellschaft – den Schutz von Kindern, den Schutz von Familien.

Kai Weber vom Flüchtlingsrat Niedersachsen rekapitulierte noch einmal die Stationen des Leidenswegs der Familie. Von ihrer Herkunft her seien Ahmed und Gazale arabischsprachige Flüchtlinge aus dem Libanon, die als Kleinkinder zu uns kamen, fließend Deutsch sprechen und Deutschland als ihr Zuhause begreifen. Mit der Türkei verbinde sie nichts. Weber warf Landrat Wegner Wortbruch vor, weil dieser vor seiner Wahl als Landrat versprochen habe, sich für eine humanitäre Lösung einzusetzen. Wer angesichts der geschilderten Umstände von „Täuschung“ spreche und trotz 17- bzw. 26-jährigen Aufenthalts in Deutschland ein Bleiberecht verweigere, betreibe organisierte Vertreibungspolitik.

Hedwig Mehring erklärte für den Diözesan-Caritasverband ihre Unterstützung des Anliegens der Demonstration und forderte eine humanitäre Lösung. Sie erinnerte daran, dass weitere Familien mit einer „Duldung“ in Deutschland leben, die endlich ein sicheres Aufenthaltsrecht erhalten müssten. Pia Zimmermann, Landtagsabgeordnete der LINKEN, ließ ein Grußwort ausrichten.

Im Anschluss zog die Demonstration, unterstützt von der (aus dem ehemaligen Trillke-Orchester hervorgegangenen) Straßenmusikcombo „Der schwarze Hahn“, vom Angoulemeplatz durch die Bahnhofsallee und die Kaiserstraße vor das Landkreisgebäude in der Bischof-Janssen-Straße.



Dort ergriff der grüne Kreistagsabgeordnete Richard Bruns das Wort und versprach, Landrat Wegner in der nächsten Kreistagssitzung aufzufordern, die Verantwortung für alle Folgen zu übernehmen, die die Politik des Landkreises für das Leben und die Gesundheit von Gazale Salame habe. Landtagsabgeordnete Jutta Rübke (SPD) erinnerte ihren Parteikollegen Reiner Wegner an seine sozialdemokratischen Wurzeln. Der Landrat solle die juristischen Finessen lassen, erklärte sie mit bewegter Stimme. „Ich bitte ihn als Menschen, der auch eine Familie hat, seine Haltung zu überdenken“.

Eva Klippenstein berichtete anschließend über einen vergleichbaren Kampf in Düsseldorf um das Bleiberecht einer Roma-Familie. Sie überreichte eine Spende in Höhe von 200 Euro und appellierte an die UnterstützerInnen und an Ahmed Siala, den Mut nicht zu verlieren.

Dieser begleitete die Demonstration mit seinen beiden Töchtern Amina und Nura wortlos. Ihnen stand die Trauer über die erneut verpasste Chance einer kurzfristigen politischen Lösung ins Gesicht geschrieben. Die Unterstützergruppe bekräftigte noch einmal, sie werde nicht locker lassen und so lange auf die Straße gehen, bis Gazale wieder zu ihrer Familie zurückkehren kann.

Das nächste Treffen des Unterstützerkreises findet am 14. September 2011 statt. Für den 15. Oktober 2011 ist eine weitere Demonstration für dieses Ziel bereits angekündigt.

Quelle: Flüchtlingsrat Niedersachsen ■

Fortsetzung von Seite 13: Keine ausreichende Finanzierung der Integrationskurse

In 2010 ist es zu einem Rückgang der neuen Teilnehmerinnen und Teilnehmer im Vergleich der Jahre 2009 und 2010 um 23,6 Prozent gekommen (116.052 gegenüber 88.629 Personen). Die Zahl der neu begonnenen Sprachkurse ist im 2. Halbjahr 2010 gegenüber dem Vorjahreszeitraum ebenfalls um über 20 Prozent gesunken. Dies ist eine Folge der letztjährigen Sparmaßnahmen bei Integrationskursen und den damit einhergehenden Verschlechterungen des Kursangebots, etwa die Kürzung bei der Fahrkostenerstattung, die Einschränkung des Angebots bei Teilzeit- und Alphabetisierungskursen und bei der Kinderbetreuung. Die Bundesregierung, die jedweden Bezug zur Realität verloren zu haben scheint, behauptet jetzt tatsachenwidrig, es habe keine Einschränkung beim Integrationskursangebot gegeben.

Die nunmehr geplante geringfügige Anhebung der Mittel für 2012 um 6 Mio. Euro auf 224 Mio. Euro ist vor diesem Hintergrund völlig unzureichend. DIE LINKE unterstützt die Lehrkräfte und Gewerkschaften in ihrer Forderung nach einem Mindesthonorar in Höhe von 30 Euro pro Unterrichtseinheit und fordert, die Einschränkungen des Kursangebots wieder rückgängig zu machen.“

Berlin, 8.9.2011
PM Sevim Dagdelen, DIE LINKE im Bundestag ■

Gentrifizierung und Vertreibungspolitik in istanbul

Seit der Wiederwahl der AKP-Regierung im Juni 2011 hat sich die Stimmung in der Türkei und in den kurdischen Provinzen des Landes negativ verändert. In Istanbul erzählen uns Menschen von einem rabiaten Gentrifizierungsprogramm in den Stadteilen rund um den Taksimplatz. Die kurdische Bevölkerung sowie Sinti und Roma werden hier seit gut drei Jahren systematisch vertrieben. Mafiaähnliche Methoden sind dabei an der Tagesordnung. Baulöwen schicken Schlägertrupps, die Menschen bedrohen, wenn sie sich weigern, ohne oder gegen geringe Entschädigung ihre Wohnungen zu verlassen. Das Recht, nach der Sanierung zurückzukehren, erhalten die Betroffenen nicht.

Seit der Wahl dürfen auch die unzähligen Straßencafés und Musikkneipen in Taksim und Beyoglu ihre Stühle und Tische nach zehn Uhr nicht mehr auf die Straße stellen. In Wildwestmanier ziehen Horden von Polizeibeamten, in zivil und sichtbar bewaffnet sowie in Uniform, durch die Straßen und versuchen, das Geschehen zu kontrollieren. Das freie und unbeschwerte Nachtleben der Gegend rund um den Taksim, mit seiner ausgeprägten emanzipatorischen und subkulturellen Musik-, Kunst- und Theaterkultur scheint der AKP ein Dorn im Auge zu sein. Wir erfahren, dass die Polizisten die CafébesitzerInnen oft bedrohen und die Lokalitäten zudem immer öfter in Uniform besuchen. Überall, selbst in den Nebenstraßen der Hauptstraße Istiklar Caddesi, wurden Videokameras installiert. Eine Gruppe von kurdischen StudentInnen, die Straßenmusik macht, hat eine große und positive Resonanz. Nach kurzer Zeit tauchen Zivilpolizisten auf und machen Portraitaufnahmen sämtlicher ZuschauerInnen und der MusikerInnen. Gemeinsam werden sie geoutet und entfernen sich nach einer Diskussion.

Menschen, die eine etwas dunklere Haut haben oder kurdisch aussehen, sind darüber hinaus häufig mit rassistischen Polizeiübergriffen bei beliebigen Personalkontrollen konfrontiert. Die „Sicherheitskräfte" beschimpfen sie dabei wegen ihrer kurdischen oder armenischen Herkunft. Sie „sollten nach Hause gehen" wird verlangt. Wenn die Menschen kurdische Insignien tragen, kommt es öfter vor, dass sie von Polizisten misshandelt werden. Dadurch entstand in den letzten drei Monaten bei vielen Menschen eine Atmosphäre der Angst und der Wut gegen die Unterdrückungspraxis.

Es wird mittlerweile nicht mehr „lediglich" gegen tausende AktivistInnen – 3500 KurdInnen wurden im Rahmen der KCK-Prozesse inhaftiert – sondern gegen die gesamte kurdische Bevölkerung repressiv vorgegangen. Dass die AKP ihre Repression vom Militärischen zunehmend ins Polizeistaatliche verlagert, ist unübersehbar. In Zusammenhang mit der Drohung aus AKP-Kreisen, eine tamilische Lösung der kurdischen Frage anzustreben, und den vermehrten Lynchversuchen durch Nationalisten im Westen der Türkei haben viele Kurdinnen berechtigte Befürchtungen vor systematischen Pogromen und der Vertreibung aus ihrer Inlandsmigration. Auch die völkerrechtswidrigen Militäroperationen im Nordirak durch die türkische und iranische Armee sind Teil dieser zunehmend rücksichtslosen Vertreibungs- und Vernichtungspolitik der AKP gegen die kurdische Bevölkerung.

Erster Bericht der Menschenrechtsdelegation aus Hamburg und Stuttgart aus der Türkei

Repression gegen kurdische Bevölkerung



Gegend am Taksim-Platz in Istanbul

Trauer und Hoffnung in Van

In der Metropole Van hat sich die Atmosphäre seit den Parlamentswahlen deutlich verändert. Auf den Straßen ist eine ruhige, sehr vorsichtige und angespannte Stimmung wahrzunehmen. Vor einer Woche wurde der Stadtrat von Van Yildirim Ayhan (BDP) von Soldaten ermordet. Er hatte an einer Friedenskundgebung der hauptsächlich von den Friedensmüttern getragenen „Lebenden Schutzschilde" in Hakkari/Cukurca teilgenommen. Soldaten schossen in deren Verlauf gezielt mit Tränengasgranaten und scharfer Munition auf die friedlich in einer Sitzblockade verharrenden KundgebungsteilnehmerInnen. Sie zielten auf eine Gruppe, in der sich die Parlamentarierin der BDP Aysel Tugluk und mehrere Mitglieder der Kommunalverwaltung der BDP befanden. Eines der unzähligen Geschosse traf Yildirim Ayhan in der Brust und durchbohrte ihn bis zur Wirbelsäule. Nach wenigen Minuten starb er an seinen Verletzungen.

Bereits seit 2009 schießen „Sicherheitskräfte" immer wieder gezielt mit Tränengasgranaten auf Protestierende. Mehrere Menschen starben dabei, viele wurden verletzt. Erst kurz nach den Wahlen 2011 verbrachten zwei neu gewählte BDP-Abgeordnete aus Istanbul aufgrund einer derartigen Verletzung eine Nacht im Krankenhaus. In Sirnak wurde zur gleichen Zeit eine 54-Jährige auf diese Art umgebracht. Die Angehörigen, die Stadtverwaltung und die Bevölkerung trauern um Yildirim Ayhan, einen Menschen, der sich mit all seiner Kraft für den Frieden und eine an den Bedürfnissen der Menschen orientierte Kommunalpolitik eingesetzt hat. Yildirim Ayhan war von mehr als 25000 WählerInnen in den Stadtrat gewählt worden. Die gezielten Angriffe auf die kurdischen VetreterInnen sind nicht hinnehmbar und ein Aspekt einer menschenverachtenden Besatzungspolitik. Der Gouverneur von Van beschuldigte wahrheitswidrig die „Lebenden Schutzschilde" Steine geworfen zu haben, anstatt sich bei den Verwandten zu entschuldigen und die Praxis des Tränengasgranatenschießens auf Menschen zu ändern. Ein solches Verhalten ist menschenverachtend und zynisch. R.T. Erdogan hatte angekündigt, nach dem Ramadanfest hart gegen die kurdische Bewegung vorzugehen. Dabei wird auch vor politisch motiviertem Mord und ausgedehnten und systematischen Angriffen auf die Zivilbevölkerung nicht zurückgeschreckt.

Selbstorganisierung und Autonomie

Das Projekt der demokratischen Autonomie wird von der kurdischen Bewegung immer weitergehend umgesetzt. Im Rahmen der Organisierung in Stadtteilräten

wird u.a. die konkrete Politikgestaltung anhand der Bedürfnisse der Menschen diskutiert und entwickelt. Durch eine derart basisdemokratische Rückbindung nimmt die Bevölkerung direkt an der Entwicklung der Gesellschaft teil. Auch in den Frauenräten gibt es eine sehr intensive Dynamik. Die Entfremdung durch wahlzentrierte StellvertreterInnenpolitik wird so Stück für Stück aufgehoben. Ein weiteres Ziel der demokratischen Autonomie ist das friedliche Zusammenleben Aller auf ökologischer Basis und eine föderalistische Struktur für die gesamte Türkei, auf deren Grundlage die Interessen sämtlicher ethnischer und religiöser Gruppen besser repräsentiert werden könnte.

Die Verantwortlichen, die wir treffen, sind in der Mehrzahl Frauen. Das Gespräch ist dynamisch und kraftvoll. Unsere GesprächspartnerInnen sind neben der Beschreibung ihrer Arbeit sehr interessiert an den Entwicklungen in Europa. Uns wird jedoch auch erzählt, dass in Van in letzter Zeit ein großes Problem ist, dass nicht organisierte Frauen aufgrund ihrer ausweglosen Situation durch Armut und feudalistische Unterdrückung immer häufiger Selbstmord begehen.

Insgesamt wird deutlich, dass der sich hier entwickelnde sozialistische und basisorientierte Ansatz eine große Anziehungskraft besitzt, realistische Problem- und Konfliktlösungsansätze voranbringt und in der Bevölkerung flächendeckend verwurzelt ist.

Das ist auch einer der Gründe, warum die Herrschenden in der Türkei und Europa die kurdische Bewegung als Bedrohung wahrnehmen und ihre politischen VertreterInnen kriminalisieren. Die Mainstreammedien sind zurzeit wieder gleichgeschaltet.

Gegenüber der kurdischen Bewegung wird eine bewusste Diffamierung inszeniert. Festgeschieben werden soll so, dass jegliches Engagement für Selbstbestimmung, Menschenrechte und einen dialogischen Friedensprozess terroristisch ist. Wir erfahren, dass diejenigen, die sich kritisch äußern oder Unrecht publik machen, erneut immer häufiger verhaftet werden.

Eine selbstbewusste, gut organisierte Bewegung könnte ein Motivationsbeispiel für die Aufständischen im umkämpften Mittleren Osten oder auch für Widerstand in Europa sein. Das ist nicht gewollt.

Die Politik der Regierungen in der Türkei und Europa ist hauptsächlich an geostrategischen und wirtschaftlichen Interessen orientiert. Es geht um die Sicherung der eigenen Machtpositionen sowie der Ressourcen Öl, Gas und Erze. Auch die ungehemmte Öffnung neuer Märkte ist beabsichtigt. Die Praktiken des schmutzigen Krieges nehmen in diesem Rahmen, ähnlich wie in den neunziger Jahren, erneut zu.

Trotz der Repression und zunehmender Menschenrechts- und Völkerrechtsverletzungen bis hin zur angestrebten Vernichtung, lassen sich die KurdInnen nicht davon abbringen, weiterhin gegen systematisches Unrecht und Tyrannei zu kämpfen. Kultur, Kunst und politische Aktion werden genutzt, um Traumata aufzuarbeiten und die durch die Regierungspolitik angestrebte Ohnmacht nicht entstehen zu lassen.

Britta Eder, Rechtsanwältin (Hamburg); Gül Güzel, Journalistin und Gesundheitsmediatorin (Stuttgart); Martin Dolzer, Soziologe und Mitarbeiter der MdB Heidrun Dittrich, DIE LINKE (Hamburg) 4. September 2011) ■

:neuerscheinungen, ankündigungen

Gabriele del Grande: Das Meer zwischen uns

Der Heilige Augustinus war ein Afrikaner. Was wäre wohl heute aus ihm geworden? Vielleicht hätte man ihn nach Libyen zurückgeschoben. Oder er würde auf See vermisst. Oder man hätte ihn in ein Abschiebungshaftlager gesperrt.

Drei Jahre Recherchen, eine atemberaubende Reise zwischen Erinnerungen und Aktualität, von der ersten bis zur letzten Seite spannungsgeladen. Eine Sammlung von Zeugenaussagen und Geschichten, die Geschichte schreiben. Unsere Geschichte.

Auf seiner Reise begegnet Gabriele del Grande bewegenden menschlichen Schicksalen: Mütter, Väter, Ehemänner und -frauen, Geschwister und Freunde, die geliebte Menschen bei der Flucht übers Mittelmeer verloren haben; Menschen, die seit Jahren in Abschiebungshaftzentren und Gefängnissen ohne Kontakt zu ihren Familien eingesperrt sind; und Behörden, die sich keinerlei Schuld am Schicksal dieser Menschen bewusst sind. Del Grande geht bis an seine Grenzen, er deckt Missstände bei Behörden und in den nationalen Gesetzgebungen auf, prangert sie öffentlich an; er versucht, den Inhaftierten und Verfolgten zu helfen, verleiht ihnen eine Stimme. Und doch muss er feststellen, dass sich die Verzweifelten niemals werden aufhalten lassen – auf der Suche nach einer besseren Zukunft auf der anderen Seite des Mittelmeeres.

„Uns Autoren bleiben nur die Worte, um die Realität anzugreifen. Ich habe die Worte meines geliebten Mittelmeers gewählt, dem Meer zwischen uns. Ich habe die Geschichten der Väter aus Annaba und der Paten aus Tunis gewählt. Die Geschichten der Diaspora zweier ehemaliger italienischer Kolonien wie Eritrea und Somalia in Zeiten der Zurückschiebungen nach Libyen. Die Geschichten der Fischer im Kanal von Sizilien. Die Geschichten der ‚Italiener', die Italien fortschickt und die der vielen Italiener, die ganz still an den Ausläufern Italiens geboren wurden, auf den marokkanischen Feldern, im Delta des Nil und in den Dörfern Burkina Fasos." (Gabriele del Grande)



Das neue Buch des Gründers von Fortress Europe, Autor von „Mamadous Fahrt in den Tod", ist nun endlich auch in Deutsch verfügbar.

Gabriele del Grande: Das Meer zwischen uns. Flucht und Migration in Zeiten der Abschottung. Herausgegeben von borderline europe e.V. und dem Förderverein PRO ASYL e.V. Deutsche Übersetzung: Judith Gleitze, 216 S., kart., EUR 16,90 ISBN 978-3-86059-525-1

Lesung anlässlich der Friedenspreisverleihung des deutschen Buchhandels an Boualem Sansal

Dem algerischen Autor Boualem Sansal wird auf der diesjährigen Frankfurter Buchmesse der Friedenspreis des deutschen Buchhandels verliehen. Sansal setzt sich in seiner Literatur nicht nur für eine Demokratisierung Algeriens ein, sondern kritisiert darüber hinaus mit Schärfe und Unerbittlichkeit den wirtschaftlichen und militärischen Opportunismus der westlichen Länder. Der Autor gilt seit 2006 in Algerien als sozial geächtet und isoliert. Trotz wiederholter Morddrohungen

schließt er das Exil, mit der Begründung ernsthafte Kritik könne man nur von Innen üben, aus.

Im Merlin-Verlag sind seit 2003 sechs Bücher in deutscher Übersetzung erschienen. Mira Amari liest aus seinen Büchern. Mit dem Autor verbindet sie ihre algerische Herkunft – mit der Buchhandlung im Schanzenviertel eine langjährige Bekanntschaft.

Mittwoch, 19.10. – Buchhandlung im Schanzenviertel (Schulterblatt 55 – Hamburg), Beginn 20 Uhr

Lesungsreihe GegenBuch-Masse 9.10. bis 15.10.2011

Zum 16. Mal findet die Veranstaltungsreihe **‚GegenBuchMasse'** während der Frankfurt Buchmesse 2011 statt. Die Veranstaltungsreihe wird von verschiedenen Gruppen, Veranstaltungsorten und Initiativen getragen und hat das Ziel, kritischen Gedanken, die in den auf der Messe präsentierten Buchmassen nicht im Vordergrund stehen, ein Forum zu geben. In diesem Jahr werden im Rahmen von Lesungen mehr als 30 Neuerscheinungen zu sehr unterschiedlichen Themen vorgestellt. Ein Höhepunkt des Programms ist die Performance Eiríkur Örn Norðdahl im Rahmen der langen Lesenacht am Samstag (15.10.2011 ab 20.00 Uhr). Der experimentelle, isländische Poet wird Kostproben aus seiner Lautpoesie geben und seinen neuen Gedichtband „IWF! IWF! OMG! OMG" präsentieren. Der Nordafrikaexperte Bernhard Schmid wird sein aktuelles Buch über „Die arabische Revolution?" vorstellen und einen spannenden Überblick über die sozialen Elemente und Jugendproteste in den nordafrikanischen Revolten geben.

Aus dem Themenspektrum Antifaschismus werden Autor/innen in „Antifa. Geschichte und Organisierung" einführen. Eine Biographie stellt das Leben des Frankfurter jüdischen Antifaschisten und Kommunisten Peter Gingold (1906-2006) vor. Ronny Blaschkes Buch „Angriff von Rechtsaußen" untersucht, wie Rechtsextreme sich an die Volksbewegung Fußball hängen, um ihre menschenverachtenden Ansichten zu verbreiten. Die Erzählungen und autobiographische Geschichten der Sammlung „Kaltland" bringen zwanzig Jahre nach den massiven Angriffen auf Asylbewerberheime in Hoyersweda (17.9.1991) und Rostock-Lichtenhagen (16.8.1992) die Horrorszenarien des neuen Rassismus nach der Wende erneut ins Gedächtnis. Dessen Bilder von jubelnden Menschenmassen vor brennenden Häusern, untätigen Polizisten und Würstchenbuden für die Zuschauer haben sich in das kollektive Gedächtnis eingebrannt.

Die Herausgeberinnen des kritischen Nachschlagewerks „Rassismus auf gut Deutsch" werden an konkreten Beispielen deutlich machen, wie sich unbewusster oder ‚gut gemeinter' Rassismus in alltäglichen Sprachpraktiken niederschlägt. Mit den Themen Gentrifizierung und Häuserkampf beschäftigen sich die Autor/innen von „Gentrifidingsbums" oder eine Stadt für alle und „Gender und Häuserkampf". Um kritische Positionen zum Thema Gefängnisse wird es bei der Lesung „abrisse. innen- und außenansichten einsperrender institutionen" gehen.

Zu den Neuerscheinungen, die während der Gegenbuchmasse vorgestellt werden, gehören „Anarchismus und Kunst – Von der Pariser Kommune bis zum Fall der Berliner Mauer" und „Arbeiterkämpfe in Barcelona und Paris in den Jahren 1936 bis 1938", sowie viele weitere.

Alle Veranstaltungen waren und sind kostenlos, sie werden durch das Engagement der beteiligten Personen sowie durch Spenden finanziert.

Die genaueren Beschreibungen der Veranstaltungen können als pdf Version auf der Web-Seite der Veranstalter abgerufen werden: www.GegenBuchMasse.de



Der Herausgabekreis und die Redaktion sind zu erreichen über:
GNN-Verlag, Venloer Str. 440, 50825 Köln Tel. 0221 / 21 16 58, Fax 0221 / 21 53 73.
email: antifanachrichten@netcologne.de, Internet: http://www.antifaschistische-nachrichten.de
Erscheint bei GNN, Verlagsges. m.b.H., Venloer Str. 440, 50825 Köln. V.i.S.d.P.: U. Bach
Redaktion: Für Schleswig-Holstein, Hamburg: W. Siede, erreichbar über GNN-Verlag, Neuer Kamp 25, 20359 Hamburg, Tel. 040 / 43 18 88 20. Für NRW, Hessen, Rheinland Pfalz, Saarland: U. Bach, GNN-Verlag Köln. Baden-Württemberg und Bayern über GNN-Süd, Stubaier Str. 2, 70327 Stuttgart, Tel. 0711 / 62 47 01. Für „Aus der faschistischen Presse": J. Detjen c/o GNN Köln.
Erscheinungsweise: 14-täglich. Bezugspreis: Einzelheft 1,50 Euro.
Bestellungen sind zu richten an: GNN-Verlag, Venloer Str. 440, 50825 Köln. Sonderbestellungen sind möglich, Wiederverkäufer erhalten 30 % Rabatt.

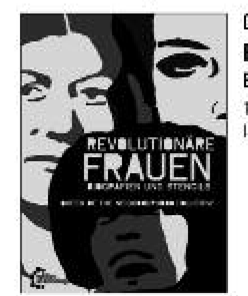
Die antifaschistischen Nachrichten beruhen vor allen Dingen auf Mitteilungen von Initiativen. Soweit einzelne Artikel ausdrücklich in ihrer Herkunft gekennzeichnet sind, geben sie nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder, die nicht alle bei ihr eingehenden Meldungen überprüfen kann.

Herausgabekreis der Antifaschistischen Nachrichten: Anarchistische Gruppe/Rätekommunisten (AGR); Annelie Buntenbach (Bündnis 90/Die Grünen); Rolf Burgard (VVN-BdA); Jörg Detjen (Verein für politische Bildung, linke Kritik und Kommunikation); Martin Dietzsch; Regina Girod (VVN - Bund der Antifaschisten); Dr. Christel Hartinger (Friedenszentrum e.V., Leipzig); Hartmut-Meyer-Archiv bei der VVN - Bund der Antifaschisten NRW; Ulla Jelpke (MdB DIE LINKE); Marion Bentin, Edith Bergmann, Hannes Nuijen (Mitglieder des Vorstandes der Arbeitsgemeinschaft gegen Reaktion, Faschismus und Krieg – Förderverein Antifaschistische Nachrichten); Kreisvereinigung Aachen VVN-BdA; Angelo Lucifero; Kai Metzner (minuskel screen partner); Bernhard Strasdeit; Volkmar Wölk.

Anzeige



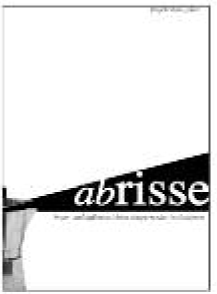
Postfach 27 46 | D-48014 Münster | T: 0251 - 149 12 56



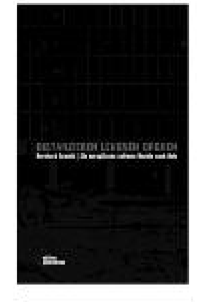
Queen of the Neighbourhood
Revolutionäre Frauen
Biografien und Stencils
128 Seiten, 30 Abb., 12.80 Euro
ISBN 978-3-942885-05-8



Sebastian Friedrich (Hg.)
Rassismus in der Leistungsgesellschaft
Analysen und kritische Perspektiven zu den rassistischen Normalisierungsprozessen der „Sarrazindebatte"
264 Seiten, 19.80 Euro
ISBN 978-3-942885-01-0



projekt baul_cken
Abrisse
innen- und außenansichten einsperrender institutionen
128 Seiten, 12.80 Euro
ISBN 978-3-942885-06-5



Bernhard Schmid
Distanzieren, leugnen, drohen
Die europäische extreme Rechte nach Oslo
128 Seiten, 12.80 Euro
ISBN 978-3-942885-09-6



Bernhard Schmid
Die arabische Revolution?
Soziale Elemente und Jugendprotest in den nordafrikanischen Revolten
120 Seiten, 12.80 Euro
ISBN 978-3-942885-02-7



Jens Kastner
Alles für alle!
Zapatismus zwischen Sozialtheorie, Pop und Pentagon
120 Seiten, 12.80 Euro
ISBN 978-3-942885-03-4

www.edition-assemblage.de

Aachener Friedenspreis für das IMI, Tübingen

Der Aachener Friedenspreis wurde 1988 als Verein gegründet, um Menschen und Gruppen zu würdigen und vorzustellen, die von „unten her" dazu beigetragen haben, der Verständigung der Völker und der Menschen untereinander zu dienen sowie Feindbilder ab- und Vertrauen aufzubauen. Heute gehören dem Aachener Friedenspreis e.V. ca. 400 Mitglieder an, darunter rund 350 Einzelpersonen, sowie etwa 50 Organisationen.

„Der Aachener Friedenspreis ist die schönste Auszeichnung, die man sich als Kriegsgegner in Deutschland wünschen kann, wir freuen uns sehr über die Verleihung", so Jürgen Wagner, geschäftsführender IMI-Vorstand.

„Wir sehen die Ehrung auch als eine Bestätigung unserer Arbeit, die es sich zum Schwerpunkt gemacht hat, die Rolle Deutschlands und der Europäischen Union in den Mittelpunkt einer kritisch-antimilitaristischen friedenspolitischen Arbeit zu stellen. Mit der Würdigung der Informationsstelle Militarisierung hat der Aachener Friedenspreis unterstrichen, dass der Krieg oft genug vor der eigenen Haustüre, hier in Deutschland, vorbereitet wird und auch hier bekämpft werden kann."

„Besonders freut uns diese Ehrung, da sie mit unserem 15-jährigen Jubiläum zusammenfällt, sie ist uns ein Ansporn für die Zukunft, unseren eingeschlagenen Weg konsequent weiter zu beschreiten", freut sich IMI-Gründungsmitglied Tobias Pflüger, der seit Anfang an auch im Vorstand aktiv ist.

Die Informationsstelle Militarisierung wurde 1996 gegründet. Sie versteht sich als ein Mittler zwischen Friedensforschung und Friedensbewegung und versucht vor allem durch die Aufarbeitung und Bereitstellung kritischer Informationen Widerstand gegen die Militarisierung Deutschlands zu motivieren und zu unterstützen.

Claudia Haydt sagte in ihrer Rede anlässlich der Verleihung des Aachener Friedenspreises:

„Nie wieder soll Krieg von deutschem Boden ausgehen." Als wir 1996 die Informationsstelle Militarisierung gründeten, war bereits klar, dass deutsche Militär- und Außenpolitiker daran arbeiteten, diese Lehre aus der Gräueln des Zweiten Weltkrieges bald der Vergangenheit angehören zu lassen. Deutsche Soldaten wurden bereits 1994 nach Somalia geschickt. Wir merken noch heute, wie ungeeignet, ja wie kontraproduktiv, dieses Mittel zur Lösung der Probleme in Somalia ist. Seit 1995 waren deutsche Soldaten auch im Balkan aktiv.

Die verstärkte deutsche militärische Außenpolitik wurde durch Lügen, Halbwahrheiten und Neudefinition der antifaschistischen Verpflichtung begleitet. Aus den Forderungen „Nie wieder Krieg!" und „Nie wieder Faschismus!" wurde nun Krieg zum Mittel erklärt, um „Nie wieder Faschismus" umzusetzen. Was bisher ein Hinderungsgrund gegenüber allzu aggressiver Außenpolitik war, sollte nun zur Begründung deutscher Militäreinsätze überall auf der Welt herangezogen werden. Im Vorfeld des so genannten Kosovokrieges, der faktisch ein Angriffskrieg gegen Jugoslawien war, wurde diese ideologische Neuausrichtung besonders deutlich sichtbar. Verteidigungsminister Rudolf Scharping hatte Anfang 1999 einen Besuch in Auschwitz dazu genutzt, um zu erklären. „Darum ist die Bundeswehr in Bosnien" und aus den gleichen Gründen wird sie „wohl auch in den Kosovo gehen". Was damals begonnen wurde, war nicht mehr und nicht weniger als eine gefährliche Verharmlosung und Relativierung deutscher Verbrechen.

Weil IMI und zum Glück nicht nur die IMI, eine solche Banalisierung und Instrumentalisierung der Vergangenheit nicht akzeptiert, kämpfen wir seit 15 Jahren dafür, dass für die deutsche Außenpolitik zukünftig wieder gilt: Krieg ist kein Mittel der Politik!

Die Arbeit der IMI konzentriert sich auf die deutsche und Europäische Außenpolitik. Man kann dabei mit Karl Liebknecht argumentieren, der 1915, inmitten der patriotisch aufgeladenen Stimmung des Ersten Weltkrieges, schrieb: „Der Hauptfeind steht im eigenen Land" – auch wenn man die martialische Sprache nicht teilen muss, so liegt für die IMI in jedem Fall die Hauptaufgabe im eigenen Land und leider gibt es genau hier viel zu tun.

Wir leben heute in einem Land, das bis zu zehntausend Soldaten weltweit für Kriege und Besatzungsregime entsendet. Das bedeutet, dass in den letzten 15 Jahren etwa 300 000 Soldaten im Ausland eingesetzt wurden.

Kriege bedeuten immer töten und getötet werden. Alle Formen von High-Tech und Präzision ändern nichts daran, dass es im Kern nur um Mord und Totschlag geht, um Vernichtung und Unterwerfung, alles andere ist verlogene Rhetorik und Propaganda. Angesichts zunehmender Opferzahlen der deutschen Militärpolitik und immer mehr toten deutschen Soldaten gibt dies auch Militärminister De Maizière zu, wenn er mehr Unterstützung für den „ehrenhaften" Dienst in der Bundeswehr fordert.

Die feste Überzeugung, dass Krieg immer die schlechteste aller Alternativen ist, ist die Grundlage der Arbeit von IMI. Militär ist kein Selbstzweck. Hinter der Organisation, der Ausrüstung und dem Einsatz militärischer Gewalt stehen konkrete Interessen. Je ungerechter die globale ökonomische Ordnung wird, umso wichtiger wird es für den reichen Norden sein, seine Vorstellungen der ökonomischen Ordnung und seine Bedingungen für den Zugang zu Märkten und Ressourcen auch militärisch abzusichern.

Für die IMI ist klar, wir wollen keine Militärmacht und keine Großmacht Deutschland! Je mehr deutsche Außenpolitik „vom Einsatz her denken" zu ihrem Motto macht, umso schwieriger wird es für friedliche Außenpolitik.

Als Tübingerin könnte ich mit Hölderlin sagen: „Wo aber Gefahr ist, wächst das Rettende auch!" Vor allem aber möchte ich mich bedanken, bei den anwesenden IMI-Aktiven, bei den vielen Unterstützerinnen unserer Arbeit und heute ganz besonders beim Aachener Friedenspreis! Diese Auszeichnung ist für uns Anerkennung und Auftrag weiterzumachen, gegen Krieg, gegen Kriegslügen, gegen Rüstung und Militarisierung und für eine gerechtere Welt! ■

BESTELLUNG: Hiermit bestelle ich ... Stück pro Ausgabe (Wiederverkäufer erhalten 30 % Rabatt)

- O Halbjahres-Abo, 13 Hefte 24 Euro
- O Förder-Abo, 13 Hefte 27 Euro
- O Jahres-Abo, 26 Hefte 48 Euro
- O Förder-Abo, 26 Hefte 54 Euro
- O Schüler-Abo, 26 Hefte 30 Euro
- O Ich möchte Mitglied im Förderverein Antifaschistische Nachrichten werden. Der Verein unterstützt finanziell und politisch die Herausgabe der Antifaschistischen Nachrichten (Mindestjahresbeitrag 30,- Euro).

Erscheinungsweise: 14-täglich

Einzugsermächtigung: Hiermit ermächtige ich den GNN-Verlag widerruflich, den Rechnungsbetrag zu Lasten meines Kontos abzubuchen. (ansonsten gegen Rechnung)

Name: Adresse:

Konto-Nr. / BLZ Genaue Bezeichnung des kontoführenden Kreditinstituts

Unterschrift

GNN-Verlag, Venloer Str. 440, 50825 Köln, Tel. 0221 – 21 16 58, Fax 21 53 73, email: gnn-koeln@netcologne.de

Bankverbindung: Postbank Köln, BLZ 370 100 50, Kontonummer 10419507